

Revolution in Pasing 1918 - 1919

Begleitbuch zur Ausstellung
im Rathaus Pasing
vom 8.11.2018 bis 4.5.2019

Bernhard Koch, Peter Pich, Angela Scheibe-Jaeger

Revolution in Pasing 1918 - 1919

Begleitbuch zur Ausstellung "Revolution in Pasing 1918 - 1919"
im Rathaus Pasing vom 8. November 2018 bis 4. Mai 2019

Herausgegeben vom Kulturforum München-West e. V.
und dem Institut für zukunftsweisende Geschichte e. V.



Unterstützt von
Bezirksausschuss 21 Pasing - Obermenzing,
Kulturreferat der Landeshauptstadt München



Landeshauptstadt
München
Kulturreferat

und
Aktive Zentren Pasing, gefördert von Bund, Freistaat Bayern und
Landeshauptstadt München im Städtebauförderungsprogramm
Leben findet Innenstadt – Programm Aktive Zentren



Bayerisches Staatsministerium für
Wohnen, Bau und Verkehr



Landeshauptstadt
München

Revolution in Pasing 1918 - 1919

Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort.....	4
Einleitung.....	5
I Kurzer Überblick zur Geschichte der Revolution	6
1. Vorgeschichte und Ursachen der bayerischen Revolution 1918/19.....	6
a) Vorgeschichte	
b) Ursachen	
2. Verlauf der Revolution	7
3. Ergebnisse und Auswirkungen der Revolution.....	8
a) Die Ergebnisse	
b) Langfristige politische Auswirkungen	
II Andreas Heusler: Revolution und Räterepublik in Pasing.....	11
III Die Entwicklung 1918/19 in Deutschland, Bayern und München sowie Pasing.....	22
IV Anhang.....	30
1. Die Proklamation von Kurt Eisner	30
2. Staatsgrundgesetz der Republik Bayern vom 4. Januar 1919	31
3. Glossar	33
V Die Tafeln der Ausstellung.....	36

Zum 100. Jubiläum der Revolution in Bayern 1918 plante das Kulturreferat der LH München bereits Mitte 2017 eine stadtweite Veranstaltungsreihe, in deren Mittelpunkt eine Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen sowie mit Demokratie als Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens stehen sollte. Einige Mitglieder der Pasinger Geschichtswerkstatt Pasing nahmen sich vor, zu den vielen Beiträgen aus München auch die Pasinger Perspektive einzubringen.

Pasing war zu jener Zeit noch eine selbständige Stadt vor den Toren Münchens. Natürlich gingen die meisten politischen Impulse 1918/19 von dort aus. Aber es entfaltete sich im Schatten des revolutionären Zentrums München auch eine rege revolutionäre Tätigkeit in Pasings Parteien und der Bürgerschaft. Es kam zu überraschenden Entwicklungen, die in einer Ausstellung im Pasinger Rathaus und in diesem Begleitbuch dargestellt werden.

Die Ausstellung stellt vom 8.11.2018 bis zum 4.5.2019 die lokalen Ereignisse und die Beteiligten vor. Gezeigt werden Zeitungsausschnitte der lokalen Presse, Fotos und Texte mit eigenen Rechercheergebnissen. Damit soll ein Stück vom Revolutionsalltag der Menschen in Pasing wiedergegeben werden; denn Zeitungen, Flugblätter und Plakate waren damals die einzigen und somit die wichtigsten Informationsmedien.

Die Tafeln der Ausstellung sind in dieser Broschüre wiedergegeben. Sie enthält außerdem einen Beitrag zur damaligen politischen Situation in Pasing, Chroniken des Geschehens im Deutschen Reich, Bayern, München und Pasing sowie kurze Beiträge von Internetportalen, die das Thema Revolution in München und Bayern vertiefen.

Wir danken dem Kulturforum München-West und dem Institut für zukunftsweisende Geschichte für die Trägerschaft und Hilfe bei diesem Unternehmen. Wir danken auch den Förderern, dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München, dem Bezirksausschuss 21 Pasing-Obermenzing sowie den Aktiven Zentren Pasing, die wiederum von Bund, Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München im Städtebauförderungsprogramm Leben findet Innenstadt – Aktive Zentren gefördert werden.

November 2018,

Bernhard Koch
Peter Pich
Angela Scheibe-Jaeger

Vor 100 Jahren brach in München eine Revolution aus, die sich bereits einige Zeit vorher abgezeichnet hatte. Die unmittelbaren Ursachen für den Umsturz waren eine tiefgreifende Kriegsmüdigkeit und die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung. Die Friedenssehnsucht zeigte sich schon im Januar 1918 in Streiks und Demonstrationen, der Vertrauensverlust der Regierung von Ludwig III. nahm im Laufe des Jahres weiter zu.

Den zündenden Funken entfachte schließlich der charismatische Redner und Politiker Kurt Eisner in der Nacht vom 7. zum 8. November im Mathäserbräu; anschließend wurde das Landtagsgebäude besetzt und der „Freie Volksstaat Bayern“ proklamiert. Der König floh noch in dieser Nacht aus München und legte später die Regierung nieder. Damit war die Monarchie in Bayern unblutig gestürzt worden.

Die bayerische Revolution war die erste ihrer Art im Deutschen Reich; sie erfasste schnell das ganze Land. Die revolutionäre Entwicklung in Bayern verlief in vier Phasen mit zunehmender Radikalisierung. Nach der Ermordung Eisners im Februar 1919 entstand eine neue Dynamik: Eine revolutionäre Idee folgte auf die andere – und das im konservativ ausgerichteten Bayern. Reform oder Revolution, das war die Frage. Die parlamentarische Demokratie stand gegen die radikal linke Staatsform, die Räterepublik – manche sprachen auch von Rätediktatur. Die Anhänger der Räterepublik gewannen in München die Oberhand, und auch in

Pasing wurde sie am 7. April auf dem Marienplatz ausgerufen. Die legitime sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident Hoffmann floh nach Bamberg und versuchte weiterhin das Land zu verwalten. Eine Woche darauf folgte in München die Proklamation der kommunistischen Räterepublik. Damit war ein Stadium der revolutionären Entwicklung erreicht, das nur noch von einer Minderheit akzeptiert wurde.

In Pasing lief ähnlich wie in München ein Radikalisierungsprozess ab, der in einer „Machtübernahme“ des Revolutionären Arbeiterrats (RAR) gipfelte: Der städtische Magistrat und die Bürgervertretung (Kollegium der Gemeindebevollmächtigten) wurden für einige Zeit abgesetzt, die städtischen Bediensteten mussten unter massiven Drohungen schriftlich ihre Loyalität gegenüber dem RAR erklären.

Ende April rief die im Exil befindliche bayerische Regierung reguläre Militäreinheiten und sog. Freikorps gegen die Rotgardisten zu Hilfe, um der Räterepublik ein Ende zu bereiten. Dabei kam es zu heftigen Kämpfen und blutigen Vergeltungsaktionen. In München soll es nach den damaligen offiziellen Angaben ca. 600 Todesopfer gegeben haben (in der Mehrzahl Rotgardisten und Zivilisten); heute geht man von deutlich höheren Opferzahlen aus. Pasing dagegen wurde – dank rechtzeitiger Verhandlungen mit der Führung der Regierungstruppen – kampflos übergeben.

Damit war die Revolution zu Ende.

1. Vorgeschichte und Ursachen der bayerischen Revolution 1918/19

a) Vorgeschichte

Die Revolution in Bayern nahm ihren Ausgang Ende Oktober 1918 bei der Meuterei der deutschen Hochseeflotte. Signalcharakter hatte allerdings schon die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917.

Zur Vorgeschichte gehört ferner die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Bereits ab 1916 hatte sich innerhalb der Münchner SPD ein Kreis von Oppositionellen formiert, der den amtlichen Standpunkt in Frage stellte, demzufolge Deutschland einen Verteidigungskrieg gegen Russland und das mit diesem verbündete Frankreich führte. Unter Leitung des Journalisten Kurt Eisner, der auch Frei-denker wie Erich Mühsam (1878-1934), Josef Sontheimer (1867-1919) und Oskar Maria Graf (1894-1967) zu seinem Umfeld zählte, wurde daher die rasche Beendigung des Krieges und der Verzicht auf Reparationen und Annexionen gefordert.

Nach der Spaltung der SPD Anfang April 1917 schlossen sich die Eisner-Anhänger der neugegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an. Im Januar 1918 gelang es ihnen, die Münchner Rüstungsarbeiter in einen mehrtägigen Aufstand zu führen, der bereits auf den Sturz der Monarchie abzielte, jedoch durch die Verhaftung der Streikführer beendet wurde.

Als Eisner Mitte Oktober 1918 aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, da ihn die USPD als Kandidaten für die in München anstehende Ersatzwahl zum Deutschen Reichstag aufgestellt hatte, setzte er seine Agitation fort.

b) Ursachen

Der Sturz des bayerischen Königshauses hatte seine Ursache zuvorderst in den Verwerfungen, die der Erste Weltkrieg in Staat und Gesellschaft auslöste. Allerdings sind auch weiter zurückreichende strukturelle Ursachen festzustellen. Ungelöste Probleme der Vorkriegszeit waren unter anderem:

- der mit der seelischen Erkrankung von Ludwig II. einsetzende Autoritätsverlust der bayerischen Monarchie, der infolge fehlender politischer Durchsetzungskraft der ihn vertretenden Regenten weiter befördert wurde;
- der in der Verfassung nicht vorgesehene politische Einfluss der staatlichen Administration;
- das wachsende Gewicht der im Verfassungsrecht ebenfalls unberücksichtigten politischen Parteien;
- der Emanzipationsdrang der Arbeiterschaft und die neu aufstrebende Frauenbewegung sowie die durch die Industrialisierung aufgeworfene soziale Frage.

Nachhaltig erschüttert wurde das Vertrauen in den Staatsapparat allerdings erst durch die kriegsbedingten Versorgungsengpässe, die Härten der Zwangsbewirtschaftung und die vollständige militärische Kapitulation, die große Teile der Bevölkerung (inkl. der Führungsschicht) unvorbereitet traf. Die (falsche) Annahme, eine rasche Parlamentarisierung würde Deutschland erträglichere Friedensbedingungen einbringen, wurde daraufhin rasch populär. Das Versagen der in München stationierten Ersatztruppen hatte aber auch mit ihrem drohenden Einsatz zur Verteidigung der Landesgrenzen zu tun. Wie sich zeigte, waren die Soldaten nicht mehr bereit, Leib und Leben für eine ohnehin verlorene Sache zu riskieren.

Autor: Dr. Bernhard Grau

Quelle: Historisches Lexikon Bayerns Online: Revolution, 1918/19, Kapitel 3 und 4. Link vom 1.9.2018.

https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Revolution,_1918/1919#Etappen_der_Revolution_I:_Die_Amtszeit_des_Ministerpräsidenten_Kurt_Eisner_288._November_1918-21._Februar_1919.29

2. Verlauf der Revolution

Am Ende des Ersten Weltkriegs kam es angesichts der sich spätestens ab Ende September 1918 abzeichnenden Kriegsniederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns sowie der aus der Unterversorgung resultierenden Not zur Novemberrevolution im Deutschen Reich. Die Revolution breitete sich innerhalb weniger Tage ausgehend vom Matrosenaufstand in Wilhelmshaven und Kiel im gesamten Reich aus und erfasste auch das Königreich Bayern und dessen Hauptstadt München – noch vor der Reichshauptstadt Berlin.

Als erster deutscher Monarch wurde am 7. November 1918 der bayerische König Ludwig III. abgesetzt. Damit wurde das mindestens seit 919 (es gibt unterschiedliche Anfangsdaten) in Bayern etwa 1.000 Jahre existierende und seit 1180 herrschende Adelsgeschlecht der Wittelsbacher gestürzt. Kurt Eisner von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) rief den Freien Volksstaat Bayern aus und wurde vom Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat zum ersten Ministerpräsidenten der bayerischen Republik gewählt.

Am 12. Januar 1919 fand nach einem neuen allgemeinen Wahlrecht die Wahl zu einem verfassunggebenden Landtag statt, bei der die USPD eine vernichtende Niederlage hinnehmen musste.

Nachdem Eisner am 21. Februar 1919, kurz vor seiner geplanten Rücktrittserklärung, von dem Attentäter Anton Graf von Arco auf Valley ermordet worden war, wurde die Landtagssitzung nach Tumulten, die zwei weitere Todesopfer zur Folge hatten, vertagt. Als provisorische Regierung konstituierte sich ein „Zentralrat der bayerischen Republik“ unter Ernst Niekisch (SPD, später USPD). In der Folgezeit spitzten sich die

Machtkämpfe zwischen Anhängern des Rätensystems und des pluralistischen Parlamentarismus zu.

Am 17. März wurde nach wochenlangen Verhandlungen Johannes Hoffmann (SPD) als Vertreter einer pluralistisch-parlamentarischen Demokratie vom Landtag zum Ministerpräsidenten Bayerns gewählt. Gegen dessen Regierung kam es am 7. April zur Bildung der Räterepublik, die sich in weitere zwei Phasen aufteilen lässt: Die erste war in ihrer Führung dominiert von pazifistischen und anarchistischen Intellektuellen, die zweite von Anhängern und Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Ab Mitte April griffen vom inzwischen nach Bamberg ausgewichenen Kabinett Hoffmann zu Hilfe gerufene Freikorpseinheiten, auch als Weiße Truppen bezeichnet, die Verteidiger der Räterepublik an und eroberten zusammen mit aus Berlin angeforderten Reichswehrverbänden München bis zum 2. Mai 1919 zurück. Im Laufe der Kämpfe kam es zu Grausamkeiten, bei denen hunderte Menschen starben, in der Mehrzahl als Opfer der Freikorps.

Die Errichtung der Räterepublik sowie verschiedene Entwicklungen im Revolutionsverlauf, zum Beispiel das Vorgehen der SPD-Spitze mit ihrem Rückgriff auf reaktionäre und republikfeindliche militärische und paramilitärische Verbände zur Niederschlagung der Räterepublik, begünstigten nationalistische Kräfte in Bayern. In den 1920er Jahren wurde Bayern zur „Ordnungszelle“ des Deutschen Reiches. Hier begann auch die politische Karriere des späteren Diktators Adolf Hitler, der 1923 in München mit einigen Anhängern den vorerst noch erfolglosen „Hitlerputsch“ durchführte.

Quelle: Wikipedia: Münchner Räterepublik (Auszug)

Link vom 1.9.2018: https://de.wikipedia.org/wiki/Münchner_Räterepublik

3. Ergebnisse und Auswirkungen der Revolution

a) Die Ergebnisse

Mit der Niederschlagung der Räterepublik war in Bayern die revolutionäre Phase beendet. Mittelfristig bedeutete dies auch das Ende der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Andere Errungenschaften der Revolution hatten jedoch Bestand. So erwies sich die Beseitigung der Monarchie als dauerhaft. An ihre Stelle trat eine parlamentarische Demokratie mit allgemeinem, gleichem, unmittelbarem und geheimem Verhältniswahlrecht. Die Jahrzehnte langen Bestrebungen der Frauenrechtlerinnen bewirkten, dass von Kurt Eisner das aktive und passive Frauenwahlrecht in die provisorische Verfassung aufgenommen wurde – und später in die Reichsverfassung Eingang fand. Beseitigt wurden die Kammer der Reichsräte und damit die Reste des Ständestaats mit den daran geknüpften politischen Vorrechten des Adels.

Fundamentale und dauerhafte Veränderungen brachte die Revolution auch für die Religionsgemeinschaften mit sich, da sie das Ende der staatlichen Kirchenhoheit bedeutete. Einen noch massiveren Einschnitt stellte aber das Ende des landesherrlichen Kirchenregiments für den Protestantismus dar. Mit dem Monarchen verlor dieser zugleich sein Oberhaupt und damit eine tragende Säule seiner innerkirchlichen Verfassung, weshalb sich 1921 die pfälzische und die bayerische Landeskirche neue Verfassungen gaben. Dass die Religionsgemeinschaften von der

Trennung der kirchlichen und der staatlichen Sphäre massiv profitierten, wurde erst nach Verabschiedung der neuen Reichs- und der bayerischen Verfassung richtig deutlich. So entfielen die staatlichen Eingriffe in die innerkirchlichen Angelegenheiten, gleichzeitig wurde den Kirchen freilich ein öffentlich-rechtlicher Status zuerkannt, der nicht zuletzt die Finanzierung über Steuern gewährleistete, die durch den Staat eingetrieben wurden. Der Preis bestand in der Beseitigung der kirchlichen Schulaufsicht und im Recht der Eltern, über die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht zu entscheiden. Rückgängig gemacht wurden hingegen die Maßnahmen zur Beseitigung der Bekenntnisschule. Das Verhältnis Staat-Kirche wurde durch das Konkordat und die Kirchenverträge von 1924/25 neu geregelt.

Mit der Schaffung eines Ministeriums für soziale Fürsorge (Verordnung vom 14. November 1918) war der Sozialstaatsgedanke erstmals im Verwaltungsaufbau verankert worden. Zwar fiel das Ressort der Verwaltungsreform des Jahres 1928 zum Opfer, doch lebte es nach Ende des Zweiten Weltkriegs als Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge wieder auf. Auch ein Ministerium für Landwirtschaft sowie ein Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe wurden in der Revolutionszeit begründet (1. bzw. 3. April 1919).

b) Langfristige politische Auswirkungen

Für das Wirtschaftsleben brachten aber vor allem die Einführung des Achtstundentags und die Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts der Staatsarbeiter Neuerungen, die auch im Alltagsleben spürbar waren. Verwirklicht wurde außerdem die weitgehende Befreiung des Kulturlebens und der Medien von staatlicher Aufsicht und Zensur.

Die Revolution des Jahres 1918/1919 wird vielfach mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Zusammenhang gebracht, der in München seinen Anfang nahm. Das Bemühen, einen stringenten Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen herzustellen, ist freilich zum Scheitern verurteilt. Dies bedeutet jedoch nicht, die Augen vor den verhängnisvollen politischen Folgen zu verschließen, welche die Revolution gerade in Bayern gehabt hat. Als ambivalent erwies sich insbesondere die politische Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten. Sie führte nicht nur zu einer Zersplitterung, sondern auch zu einer Polarisierung der Parteienlandschaft, das heißt zu einer dauerhaften Etablierung links- wie rechtsradikaler Gruppierungen. Der durch die Erfahrungen der Räterepublik im bürgerlichen Lager tief eingetragene Antisozialismus verhinderte noch in der Endphase der Weimarer Republik eine Zusammenarbeit mit der gemäßigten Linken und schwächte damit das demokratische Lager.

Als verhängnisvoll erwies sich ferner die Tatsache, dass nach der Niederschlagung der Räterepublik die Deutungshoheit auf die Sieger, das heißt letztlich die politische Rechte und das bürgerlich-konservative Lager, überging. Dies hatte zur Folge, dass der Sturz der Monarchie, der im November 1918 mehrheitlich als unvermeidlich hingenommen worden war, fortan als illegitime Tat einiger weniger landfremder Elemente hingestellt werden konnte. Selbst die militärische Niederlage wurde den "vaterlandslosen Gesellen" aus der politischen Linken in die Schuhe geschoben (vgl. Dolchstoßlegende). Die Verfälschung der wahren Kausalitäten sollte sich als äußerst wirkmächtig erweisen und hatte für die Akzeptanz der demokratischen Grundordnung fatale Folgen.

Autor: Dr. Bernhard Grau

Quelle: Historisches Lexikon Bayerns Online: Revolution, 1918/19, Kapitel 16 und 17. Link vom 1.9.2018:

https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Revolution,_1918/1919#Etappen_der_Revolution_I:_Die_Amtszeit_des_Ministerpräsidenten_Kurt_Eisner_.288._November_1918-21._Februar_1919.29, eingesehen Sept.2018.

Der folgende Artikel von Dr. Andreas Heusler wurde mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages abgedruckt und in der Ausstellung mehrfach zitiert. Quelle: *Spuren. Beiträge zur Pasinger Geschichte*, Hg. Geschichtswerkstatt *Arbeiten und Leben in Pasing e. V.*, Begleitbuch zur Ausstellung vom 21. September bis zum 8. Oktober 1989 in der Pasinger Fabrik, Profil Verlag München. Aus dem Kapitel von Dr. Andreas Heusler: *"Zwischen Kaiserreich und Diktatur – Pasing in der Weimarer Republik"* ist der Abschnitt *"Revolution und Räterepublik"*, S. 95 - 111, wiedergegeben.

Von den Wirren und Aufregungen, welche die revolutionären Ereignisse im benachbarten München hervorgerufen hatten, war Pasing zunächst nicht betroffen. Der Übergang zur neuen Ordnung, von der Monarchie zur Republik, vollzog sich geräuschlos, ohne pathetische Proklamationen und revolutionäre Manifestationen. Magistrat und Stadtverwaltung setzten ihre Arbeit unbeirrt fort, der Pasinger Würmtalbote veröffentlichte pflichtgemäß die Verordnungen und Bekanntmachungen der neuen Regierung. Die aus anderen Städten bekannten Aufrufe an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren, blieben aus – ein Hinweis darauf, dass man in Pasing nicht mit gewalttätigen Ausschreitungen rechnete.

Von den Veränderungen, welche die Revolution in der Stadtverwaltung und bei den Parteien herbeigeführt hatte, war für die Pasinger in den ersten Wochen nach dem Sturz der Wittelsbacher kaum etwas zu spüren. Wie überall im Land konstituierte sich auch in Pasing ein Arbeiterrat, dem nach Maßgabe der neuen Regierung das Recht zustand, bis zu drei Vertreter mit beratender Stimme in die Sitzungen von Stadtmagistrat und Gemeindegremium abzuordnen. Über alle öffentlichen Angelegenheiten musste den Arbeiterräten Auskunft erteilt werden; bei wichtigen Anlässen sollten sie Vorschläge, Anregungen und Anträge vorbringen dürfen. Nur widerwillig fügten sich die Gemeindepärlamente diesem Eingriff in ihre Autorität. Bürgermeister Wunder protestierte im Namen des Magistrats gegen die Regierungsverordnung und wies auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden hin, das durch die Anordnung von oben verletzt werde. Dennoch entsandte der Pasinger Arbeiterrat je

zwei Vertreter in das Gemeindegremium und in den Magistrat. Darüber hinaus trat er jedoch öffentlich kaum in Erscheinung, was zweifellos auf die starke Präsenz der MSPD (Mehrheitssozialdemokraten) und der freien Gewerkschaften im Arbeiterrat zurückzuführen war. Beide hatten kein Interesse an einer Zuspitzung der politischen Krise und bemühten sich, die Rätebewegung auf eine gemäßigte Linie festzulegen.

Angeregt durch das Münchner Vorbild konstituierte sich auch in Pasing Ende November 1918 ein „*Rat geistiger Arbeiter*“, der jedoch keine nennenswerte politische Initiative entfaltete, sondern vorrangig als Interessenvertretung der durch die Revolution sich bedroht fühlenden Pasinger Intelligenz auftrat.

Um möglichen Ausschreitungen vorzubeugen und zur Unterstützung der örtlichen Polizeibehörden richtete der Magistrat Mitte November eine städtische Sicherheitswache ein, bestehend aus 24 bewaffneten Pasinger Bürgern, „mit den Verhältnissen vertraute, gesetzte, militärgediente Leute.“ Die Sicherheitswache hatte ihren Posten im damaligen Saalbau Graml in der Bahnhofstraße.

Lediglich der Lokalredakteur des Würmtalboten – das Blatt stand dem Zentrum bzw. der BVP nahe – ließ sich einmal zu einer zahmen Glosse die neue Ordnung betreffend hinreißen. Unter dem Titel „*Schlimme Zeiten*“ notierte er: „*Die politische Umwälzung wird zur Folge haben, daß es in Bayern und Deutschland auch keine Ordensauszeichnungen und keine Titelverleihungen mehr gibt. Die Herren Kommerzien-, Justiz- und andere Räte werden ebenso verschwinden wie die Herren Geheimräte. Auch die Knopflochscherzen werden nicht mehr gestillt werden.*“

Der Mord, der alles änderte

Die politische Lage in Pasing änderte sich schlagartig mit dem 21. Februar 1919. In München war der noch amtierende Ministerpräsident Eisner auf offener Straße ermordet worden. Nur wenige Stunden später fielen im bayerischen Landtag Schüsse. Alois Lindner, ein Eisner-Anhänger schoss den MSPD-Vorsitzenden Auer nieder, verletzte ihn schwer und tötete den angesehenen Pasinger BVP-Abgeordneten Heinrich Osel und einen Offizier. Der Mord an Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag stürzten das Land in eine schwere

politische Krise. Überstürzt löste sich der Landtag auf – Legislativ- und Exekutivfunktion übernahm der „Zentralrat“. Der Generalstreik wurde ausgerufen und die bürgerliche Presse unter Zensur gestellt. Trotz der vernichtenden Wahlniederlage der USPD bei den Januarwahlen zum Landtag und zur verfassungsgebenden Nationalversammlung genoss Eisner innerhalb der Arbeiterschaft nach wie vor hohes Ansehen. Vielen galt er als Symbol der Revolution und als Kündler einer gerechten und freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Sein gewaltsamer Tod empörte und verbitterte die Arbeiter. Die Gegenrevolution schien auf dem Vormarsch – die Errungenschaften der Revolution waren in Gefahr.

Die Ereignisse vom 21. Februar blieben auch in Pasing nicht ohne Resonanz und mobilisierten die sozialdemokratischen Parteien und ihre Anhänger. Noch am Abend desselben Tages verständigten sich MSPD und USPD nach eingehenden Beratungen, an denen auch Vertreter der Republikanischen Schutzwache und des in Pasing stationierten 1. Reserve-Infanterie-Regiments teilnahmen, auf eine gemeinsame Aktion. Wie in München beschloss man, die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufzurufen. Noch in der Nacht eilends gedruckte Plakate verkündeten den Pasingern am nächsten Morgen die neue politische Lage. An die Stelle des Arbeiterrates trat ein „*Revolutionärer Arbeiter- und Soldatenrat*“. Dem Generalstreik, der bis zum 24. Februar dauerte, wurde auf breiter Front in den Pasinger Betrieben Folge geleistet. Der Würmtalbote, der während der Streiktage nicht erscheinen konnte und nun „*unter der Kontrolle des Revolutionären Vollzugsrates*“ herausgegeben wurde, meldete am 25. Februar befriedigt: „*Der Generalstreik wurde bereits gestern Abend beendet. Der Zweck der Demonstration – Protest gegen jeden Versuch gegenrevolutionärer Bestrebungen – wurde völlig erreicht. Die Arbeiterschaft hat infolgedessen, ihrer Verantwortung voll bewußt, die Arbeit heute früh wieder aufgenommen.*“

Der Eindruck der Einmütigkeit, mit der die beiden rivalisierenden sozialdemokratischen Parteien auf die Münchner Ereignisse reagiert hatten, aber täuscht. Führende Pasinger MSPD-Genossen waren keineswegs mit der Absetzung des alten Arbeiterrates und der Bildung eines Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates einverstanden, und sie brachten diese Auffassung auf einer der nächsten Sitzungen des RAR auch unmissverständlich zum Ausdruck. Sie verwiesen auf den ungesetzlichen Charakter der Vorgänge in der Nacht

vom 21. zum 22. Februar und äußerten die Ansicht, die ganze Angelegenheit habe „*etwas putschartiges*“ an sich gehabt. Allerdings, so räumte der MSPD-Arbeiterrat Lichtinger ein, „*nachdem (...) in der folgenden öffentlichen Volksversammlung der jetzt bestehende Arbeiterrat einstimmig gewählt wurde, liegen die Dinge doch etwas anders.*“ Prominente Pasinger MSPD-Genossen sprachen sich demnach für eine gemäßigte Linie aus, beugten sich aber dem in der Versammlung vom Samstag zum Ausdruck gekommenen Willen der Pasinger Arbeiter. Damit war allerdings auch absehbar, dass in der Folgezeit eine konfliktfreie Zusammenarbeit zwischen der zu pragmatischen Entscheidungen neigenden MSPD und der eine radikalere Linie verfolgenden USPD nur schwer durchzuhalten war.

Am Sonntagabend, es war der 23. Februar, trat der Revolutionäre Arbeiterrat (im folgenden abgekürzt RAR) zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen und fasste einstimmig eine Reihe von Beschlüssen, die, sollten sie durchgeführt werden, für die Pasinger Stadtpolitik von größter Tragweite sein mussten. U. a. sollte das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten aufgelöst und dem Magistrat fünf Arbeiterräte mit beratender Stimme zur Seite gestellt werden. Daneben sollte der Arbeiterrat berechtigt sein, in alle städtischen Betriebe Kontrollorgane zu entsenden, „denen jederzeit alle gewünschte Aufklärung zu geben ist.“ Gefordert wurden zudem die vorläufige Aufrechterhaltung der Zeitungszensur und ein Verbot von Tanzveranstaltungen. Begründet wurde der Forderungskatalog wie folgt: „*Die sozialistischen Parteien Pasings haben sich darüber geeinigt, daß die zweite Revolution eine unbedingte Sicherung der sozialistischen Idee herbeiführen muß.*“

Bei dieser Proklamation sollte es im Wesentlichen bleiben. Das Gemeindegremium wurde nicht aufgelöst. Nachdem der Magistrat, eingedenk der neuen Machtkonstellationen und sicher auch, um einem unberechenbaren Konflikt mit dem Rätegremium von vornherein die Spitze zu nehmen, die „*weitere praktische Mitarbeit seitens des Arbeiterrates (...) willkommen*“ heißen hatte, unternahm der RAR zunächst keine weiteren Schritte, um das kommunale Vertretungs- und Verwaltungssystem umzugestalten. Lediglich die Pressezensur wurde vorerst noch beibehalten. Sie erwies sich aber im Grunde als überflüssig, da sich die Redaktion des Würmtalboten einer Art freiwilliger Selbstkontrolle unterwarf und kritische Töne im Hinblick auf die veränderte politische Lage vermied.

Die öffentlichen Sitzungen des RAR, über deren Tagesordnung und Verlauf eingehend im Würmtalboten berichtet wurde, sind gekennzeichnet von dem Versuch, gegenüber dem nach wie vor bestehenden Stadtmagistrat ein eigenes Profil zu entwickeln. Man war sich durchaus der Tatsache bewusst, dass der RAR zwar seine Legitimation aus der revolutionären Situation ableiten konnte, dies aber unzureichend bleiben musste, solange den Räten Rückhalt und Zustimmung aus der Bevölkerung fehlten. Der RAR wandte sich daher jenen Problemen zu, die den Pasingern, vor allem den zahlreichen Arbeiterfamilien, am ärgsten zusetzten, und deren Lösung der Magistrat, wie es schien, nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmete: Ernährungs- und Versorgungslage, Schleichhandel und Wucherpreise, Regelung von Konflikten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Pasinger Räte verstanden sich ursprünglich nicht als Konkurrenz zum Stadtmagistrat, zumal dessen Aufgaben von den Arbeiterräten, die kaum über Erfahrungen in der kommunalen Verwaltungspraxis verfügten, wohl auch nicht hätten bewältigt werden können. Vielmehr sahen die Räte sich als Korrektiv und Ergänzung zu den Gemeindegremien, vor allem auf sozialpolitischem Gebiet. Profilierte Magistratsmitglieder wie der Mehrheitssozialdemokrat Hans Nimmerfall betrachteten den Arbeiterrat jedoch mit Skepsis und zogen die Arbeit im Magistrat einer Mitwirkung im Arbeiterrat – die sich eigentlich angeboten hätte – vor.

Die im Magistrat vertretenen Parteien setzten auf Kontinuität und überparteiliche Zusammenarbeit, die solidere Erfolge versprach, als dies von unberechenbaren rätedemokratischen Experimenten zu erwarten war. Schon vor dem denkwürdigen 21. Februar hatten die Pasinger Parteigliederungen von MSPD, BVP und DDP (Deutsche Demokratische Partei d. bayer. Pfalz) zu einer gemeinsamen Protestversammlung gegen die Politik der Siegermächte aufgerufen (13. Februar). Signalisierte die sozialdemokratische Mehrheitspartei unter der Führung Nimmerfalls damit Kooperationsbereitschaft, so lehnte die Pasinger USPD eine Teilnahme aus „*prinzipiellen Gründen*“ ab. In der Versammlung riefen prominente Redner der beteiligten Parteien übereinstimmend dazu auf, auf parteipolitische Auseinandersetzung zu verzichten, um „*gemeinsam an dem Wiederaufbau des darniederliegenden weiteren und engeren Vaterlandes zusammenzuarbeiten.*“

Radikalisierung der Arbeiterschaft und Stärkung der USPD

Zu einer engen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Arbeiterrat, die vor dem Hintergrund der bestehenden Probleme zweckmäßig gewesen wäre, kam es in der Folgezeit aber nicht. Im Arbeiterrat selbst zeigten sich jedoch bemerkenswerte Veränderungen. Der Mord an Kurt Eisner und die damit verbundene Furcht vor gegenrevolutionären Aktionen führte zu einer Radikalisierung der Arbeiter. Von dieser Entwicklung profitierte die USPD, die sich der Arbeiterschaft als berufenste Sachwalterin der sozialistischen Idee präsentierte und die feste Einbindung der Räte in das politische System zu einem Hauptpunkt ihrer Forderungen erhoben hatte. Auf der Suche nach einer glaubwürdigen sozialistischen Politik fanden zahlreiche von der Mehrheitspartei enttäuschte Arbeiter und Genossen eine neue politische Heimat bei den Unabhängigen. Einige mehrheitssozialdemokratische Arbeiterräte wechselten die Parteibücher, so dass nun eine gestärkte USPD ihren Anspruch auf die Position des 2. Vorsitzenden im RAR anmelden konnte. Am 6. März fiel die Wahl einstimmig auf den Pasinger USPD-Vorsitzenden Georg Kugler, dem gleichzeitig die Geschäftsführung des RAR übertragen wurde. Kugler, von Beruf Kaufmann, war bis zu diesem Zeitpunkt politisch nicht besonders hervorgetreten. In den folgenden Wochen wurde er jedoch zur entscheidenden, aber auch umstrittensten Persönlichkeit der Pasinger Stadtpolitik. Neben Kugler führte der 1. Vorsitzende Josef Amann, der von der MSPD gestellt wurde, lediglich ein Schattendasein.

Kugler drückte der Arbeit des RAR seinen Stempel auf. Seine Initiativen und Aktivitäten haben das öffentliche Erscheinungsbild des Arbeiterrates in diesen Wochen entscheidend geprägt. Unter Kuglers Führung vermochte der RAR in der Tat ein eigenes Profil zu entwickeln und konnte zeitweise – zumindest bei der Pasinger Arbeiterbevölkerung – ein hohes Maß an Zustimmung erreichen. Mehrfach gelang es Lebensmittelkontrolleuren aus den Reihen des RAR, gehortete Lebensmittel in größeren Mengen sicherzustellen. So wurden beispielsweise bei der Fa. Ritter und Sohn ca. 25 - 30 Ztr. Speisekartoffeln – im Schweinestall unter Stroh versteckt – aufgespürt. In einem anderen Pasinger Unternehmen wurden mehrere Ztr. Weizen entdeckt. In einer Zeit, in der die Versorgung mit Le-

bensmitteln sich dramatisch zugespitzt hatte, waren dies unerhörte Vorgänge, die von der Bevölkerung mit Empörung registriert wurden. Auch gegen eine unangemessen hohe Preisgestaltung einzelner Kaufleute ging der RAR mit drakonischen Strafen vor. Eine Milchhändlerin, die ihren Kunden für den Liter Milch 1 Mark abverlangt hatte, wurde mit einer Geldbuße von 250 Mark belegt – zahlbar an die Kasse der Kriegsbeschädigten. Kugler selbst bemühte sich beim Magistrat *“mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung der Lebenshaltung“* um eine Anhebung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge. Solange es jedoch für das Geld nichts oder nur wenig zu kaufen gab, musste eine Anhebung der Unterstützungssätze ins Leere laufen. Der RAR protestierte daher *“energisch“* beim Bezirksamt gegen die *“mangelhafte und zumeist einseitige Zuweisung von Lebensmitteln aller Art seitens des Bezirksamtes. (...) Wir fordern daher nochmals ebenso höflich als dringend, sich endgültig über die Lebensmittelverteilung mit uns und dem Wirtschaftsamt in Verbindung zu setzen, damit wir in der Lage sind, der Bevölkerung eine sofortige gerechte Verteilung in Aussicht zu stellen.“*

Von ihren Bemühungen um die Verbesserung der Lebenssituation der Pasinger Arbeiterfamilien schlossen die Arbeiterräte besser gestellte Bevölkerungskreise aus. Eine schroffe Abfuhr handelte sich ein Villenbesitzer ein, der um eine größere Kohlenzuteilung nachgesucht hatte. Dem Antragsteller wurde in kühlem Ton mitgeteilt, dass er *“im Interesse der Allgemeinheit“* nicht mit neuen Kohlenlieferungen rechnen könne, sobald er seine Vorräte verbraucht habe. Auch die Pasinger Arbeitgeber konnten nicht auf das Entgegenkommen des RAR rechnen. In der Frage der Lohnzahlungen für die während des Generalstreiks ausgefallenen Arbeitstage entschieden die Räte erwartungsgemäß zugunsten der Arbeitnehmer. Nachdem zahlreiche Arbeitgeber die Lohnzahlungen verweigert hatten, fasste der RAR folgenden Beschluss: *„Nachdem in dieser Frage eine Entscheidung des Zentralrates in München für ganz Bayern besteht, wonach diese Löhne auf alle Fälle von den Arbeitgebern bezahlt werden müssen, ergeht an die Geschäftsleitung des Rev.-A.R. die Weisung, alle säumigen Firmen zur sofortigen Nachzahlung der in Betracht kommenden Beträge anzuhalten. (...) Eine Einbuße von Seiten der Arbeiterschaft kann auf keinen Fall erfolgen.“*

Spannungen zwischen RAR und Pasinger Magistrat

Die Aktivitäten des RAR wurden vom Magistrat mit zunehmendem Missfallen beobachtet. Die erfolgreichen und populären Initiativen und Maßnahmen der Arbeiterräte hatten zu einer Stärkung der Position der USPD geführt und deuteten auf eine Machtverschiebung zugunsten des RAR gegenüber dem Magistrat hin. Insbesondere Kuglers selbstbewusstes Auftreten stieß bei den Magistratsräten auf wachsenden Widerstand. Es stand zu befürchten, dass der 2. Vorsitzende des RAR den Magistrat ins Abseits drängen würde. Ende März kam es schließlich zum offenen Konflikt. In einer kontrovers geführten nichtöffentlichen Magistratssitzung am 26. März zur Frage der Erhöhung der Straßenbahntarife kam es zum Eklat. Kugler hatte sich im Interesse der sozial Schwachen gegen eine Anhebung ausgesprochen, worauf ihm Magistratsrat Riemerschmid das Wort entzog. Der Magistrat suchte offensichtlich die Kraftprobe. Kugler und die USPD-Arbeiterräte versuchten daraufhin den RAR zu einer offiziellen Protestresolution an den Magistrat zu veranlassen. RAR-Vertreter sollten künftig das gleiche Stimmrecht wie die Magistratsräte besitzen, geheime Sitzungen sollte der Magistrat keine mehr abhalten. Wichtigste Forderung war jedoch das Verlangen nach Riemerschmids Rücktritt. Der RAR sollte bis zur Erfüllung dieser Forderungen auf die Teilnahme an den Magistratssitzungen verzichten. In der Diskussion wurden die im RAR bestehenden tiefen Gräben zwischen den beiden sozialistischen Fraktionen deutlich. Die MSPD-Räte waren nicht bereit, die Resolution – die zweifellos zum Bruch mit dem Stadtmagistrat geführt hätte – mitzutragen. Auch nach einer heftig geführten Debatte kam zwischen den beiden Parteien keine Einigung zustande. Der schon seit Wochen schwelende Konflikt zwischen MSPD und USPD, der zwischenzeitlich nur notdürftig unterdrückt worden war, trat nun offen zu Tage. Kugler trat von allen Ämtern im RAR zurück und verließ unter Protest den Saal. Seine Parteifreunde folgten geschlossen und erklärten sich in einer öffentlichen Erklärung mit Kugler solidarisch: *„Die USPD-Mitglieder des Rev. Arbeiter-Rates billigen einmütig das Vorgehen ihres Parteivorsitzenden Kugler Georg und werden den Sitzungen des Arbeiter-Rates vor der endgültigen Beilegung der Krise mit dem Magistrat nicht mehr beiwohnen.“* Unterzeichnet ist die Erklärung von

Pasinger Würmtal-Bote

Nr. 55.

Dienstag, den 8. April 1919.

39. Jahrgang.

An das Volk in Baiern!

Die Entscheidung ist gefallen. **Baiern ist Räterepublik.** Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch all unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegegensätze mehr getrennt, sind einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft.

Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlichen-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten, von den Räten des arbeitenden Volks bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal die unteren und mittleren Beamten werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Baiern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgeföhrt.

Die Presse wird sozialisiert.

Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik rücksichtslos ahnden.

Eine bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnen sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert-Scheidemann-Noske-Erzberger ab, weil diese unter der Schlagzeile einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt.

Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen, allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpften, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die bayerische Räterepublik ihre Grüße.

Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hienit der 7. April zum **Nationalfeiertag** erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschiedes vom stuchwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919 in ganz Baiern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen.

Es lebe das freie Baiern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

Der revolutionäre Zentralrat Baierns.

An das Pasinger Proletariat!

In der Nacht vom 6. auf 7. April wurde die sozialistisch-kommunistische Räterepublik auf folgenden Richtlinien aufgebaut:

1. Diktatur des klassenbewußten Proletariats.
2. Aufbau der Arbeiterräte durch Wahl in den Betrieben.
3. Vergesellschaftung der Betriebe und des Großgrundbesitzes.
4. Umgestaltung der bürokratischen Staats- und Gemeindefachsinen im Sinne der Verwaltung der Arbeiterräte.
5. Einführung der Arbeitspflicht auch für die Bourgeoisie.
6. Uöllige Umgestaltung des Gerichtswesens auf revolutionärer Grundlage.
7. Umgestaltung des Wohn- und Siedelungswesens auf revolutionärer Grundlage.
8. Trennung von Staat und Kirche.
9. Sofortige Revolutionierung der Schulen und Unioersitäten.
10. Sozialisierung der Presse.
11. Bildung einer Roten Armee zum Schutze der Räterepublik.
12. Bündnis mit den Räterepubliken Rußland und Ungarn.

Für die Richtigkeit
Kugler. Amann.

neun Arbeiterräten; durch mehrere Übertritte von der Mehrheitspartei hatte die USPD die Zahl ihrer Arbeiterräte inzwischen verdoppeln können und die Hälfte der Mandate im RAR erreicht.

In der Auseinandersetzung mit dem RAR sah sich der Stadtmagistrat schließlich zum Nachgeben gezwungen. Kugler hatte in der kurzen Zeit seines Wirkens im RAR einen beträchtlichen Teil der Pasinger Arbeiterschaft auf seine Seite bringen können. Angesichts der allgemeinen politischen Krise in Bayern und im Reich, der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter und den immer lauter werdenden Rufen nach Errichtung der Räterepublik, konnte der Magistrat nicht riskieren, den Konflikt mit der USPD auf die Spitze zu treiben. Riemerschmid lenkte ein und gab eine gewundene Entschuldigung ab; der Magistrat bot eine klärende Aussprache mit Kugler an.

Die Ausrufung der Räterepublik sorgt für neuen Zündstoff

Doch bereits wenige Tage später erreichte der Konflikt zwischen Arbeiterrat und Magistrat einen neuen und vorläufig letzten Höhepunkt. In der Nacht zum 7. April war in München die Räterepublik ausgerufen worden. Die Regierung Hoffmann zog sich ins sichere Bamberger Exil zurück – die Macht übernahm ein „*Revolutionärer Zentralrat*“. Selbst der kaum zu radikalen Parolen neigende Pasinger Magistratsrat Nimmerfall, der unter der Eisner-Regierung als Staatsrat im Ministerium für militärische Angelegenheiten tätig gewesen war, sprach sich anlässlich einer sozialdemokratischen Gaukonferenz in München (5./6. April) für die Proklamation der Räterepublik aus. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass hinsichtlich der Vorgehensweise bei allen drei sozialistischen Parteien (MSPD, USPD und KPD) Einigung erzielt werden würde. Nimmerfall durfte jedoch damit rechnen, dass zwischen MSPD – von den Kommunisten als „*Arbeiterverräter*“ beschimpft – und KPD wohl kaum eine gemeinsame Plattform erreicht werden konnte, da die Kommunisten jegliche Kooperation mit der Mehrheitspartei kategorisch ablehnten. Dies legt den Schluss nahe, dass Nimmerfalls Votum für die Räterepublik im Wesentlichen taktischen Erwägungen folgte und der Stimmung an der MSPD-Basis Rechnung trug.

In Pasing mit seiner starken USPD-Anhängerschaft blieben die Münchner Erschütterungen nicht ohne

Wirkung. Für Kugler war nun der Zeitpunkt gekommen, dem Rätegedanken in Pasing zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen und jene politischen Kräfte auszuschalten, die bislang eine konsequente sozialistische Neuordnung der Stadtpolitik verhindert hatten. [Abb. 1]

Für die Pasinger waren die politischen Veränderungen unübersehbar. Mit einer ganzseitigen Proklamation des „*Revolutionären Zentralrates Baierns*“ und großformatigen Aufrufen an die Pasinger Bevölkerung verkündete der Würmtalbote am 8. April die neue politische Lage. Für den Pasinger Arbeiterrat formulierte Kugler die Richtlinien der „*sozialistisch-kommunistischen Räterepublik*“ und veröffentlichte einen 5 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog: [Abb. 2]

Außerordentlich problematisch war, neben der Absetzung von Stadtmagistrat und Gemeindegremium, zweifellos die Aufforderung an die städtischen Bediensteten, ihre Loyalität mit der Räterepublik zu erklären. Die Entlassungsdrohung – sicher kein geeignetes Mittel, um die städtischen Bediensteten auf die neue Regierungsform einzuschwören – verfehlte ihre Wirkung nicht, zumal sie am folgenden Tag noch deutlich verschärft wurde:

Neben der sofortigen Entlassung wurde zusätzlich die Streichung aller Versorgungsansprüche angekündigt. Es ging zudem das Gerücht, dass widerspenstigen Angestellten und Beamten die Lebensmittelrationen gestrichen werden sollten. Unter dem Eindruck derart massiver Repressionen scheinen sich alle Betroffenen zur Unterschriftsleistung bereit gefunden zu haben, wie ein im Stadtarchiv befindliches Dokument zeigt.

Am 8. April stellte sich auch Bürgermeister Wunder „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ und erklärte seine Bereitschaft, mit den neuen Herren im Rathaus zusammen zuarbeiten: „*Es ist mir ein Gebot übernommener Pflichten, in guten wie in ernsten Tagen das ganze Können und Wollen mit voller Hingabe in den Dienst der Stadt und der Öffentlichkeit zu stellen.*“ Die Motive für diesen Schritt bleiben im Dunkeln. Man darf indessen darüber spekulieren, ob Wunder, wie er angibt, im Interesse der Stadt eine personelle Kontinuität in der Stadtspitze sicherstellen wollte oder aus eigennützigen Beweggründen handelte. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Wunder sich auch 14 Jahre später, 1933, wieder „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ und den neuen Machthabern zur Verfügung stellte.

Aufruf!

Die Räterepublik ist für ganz Bayern proklamiert! Die Diktatur des Proletariats hat eingesetzt. Der jetzt noch bestehende Revolutionäre Arbeiterrat bestimmt demnach:

1. Magistrats- und Gemeindefollegium sind abgesetzt.
 2. Presse, Telegraph, Telephon sind besetzt.
 3. Die Beamten und Bediensteten des Magistrats und der städtischen Betriebe haben innerhalb 24 Stunden im Sitzungssaale des Rathauses unterschriftlich zu erklären, daß sie sich voll und ganz auf den Boden der sozialistisch-kommunistischen Räterepublik stellen. Diejenigen Beamten, die diese Erklärung binnen 24 Stunden nicht abgeben, werden entlassen.
 4. Der heutige Tag ist als Nationalfeiertag zu betrachten. Es ruhen sämtliche Betriebe außer den für die Lebensmittelversorgung und Volkshygiene in Betracht kommenden.
 5. Gegenbewegungen werden als reaktionäre Putsch betrachtet und mit den schärfsten Strafen geahndet.
Die noch heute stattfindende Volksversammlung wird durch Flugblätter bekanntgegeben.
- Pasing, den 7. April 1919.

für die Richtigkeit:
J. Amann. G. Kugler.

Abb. 2: „Aufruf“ des Revolutionären Arbeiterrats Pasing mit Veröffentlichung eines 5-Punkte-Maßnahmenkatalogs im Würmtalboten vom 8. April 1919. Quelle: Bayer. Staatsbibliothek, München.

Abb. 3: Ausrufung der Räterepublik auf dem Marienplatz Pasing am 7.4.1919. Aufnahme des Fotografen Rudolf Kahl, auf dem Bild datiert 7.4.19. Quelle: Sammlung Möllmann



Der Pasinger RAR gerät in eine Krise

Lediglich in der Pasinger MSPD wurden kritische Stimmen laut. Der 1. Vorsitzende im RAR, Josef Amann, dessen Name von Kugler ohne Amanns Einverständnis unter die Proklamationen vom 8. April gesetzt worden war, protestierte energisch gegen „solchen Terror“ und erklärte seinen Austritt aus dem RAR. Die Zusammenarbeit im Arbeiterrat gestaltete sich unter diesen Bedingungen schwierig. Zum endgültigen Bruch zwischen MSPD und USPD kam es schließlich am 12. April, als die Mehrheitspartei geschlossen den RAR verließ. In einer Erklärung begründete die MSPD diesen Schritt u. a. mit Kuglers selbstherrlichem Führungsstil und der Tatsache, dass der RAR, namentlich die mehrheitssozial-demokratischen Mitglieder, über entscheidende Maßnahmen Kuglers nur unzureichend informiert worden waren: „Die unterzeichneten Mitglieder des Rev. AR. erkennen keine Diktatur an und legen unter diesen Umständen ihre Mandate nieder ohne damit zur Frage der Räterepublik Stellung zu nehmen.“

Der Austritt der MSPD-Räte brachte Kugler in eine schwierige Lage. Einerseits büßte er seinen Rückhalt bei vielen der Mehrheitspartei nahestehenden Arbeitern ein. Andererseits war der Rumpfarbeiterrat mit

den kommunalen Verwaltungsaufgaben völlig überfordert und sah sich außerstande, die Geschäfte von Magistrat und Gemeindegremium weiterzuführen.

Neuer Umsturz und neue Herausforderungen

In München war indes in der Nacht vom 12. zum 13. April ein Versuch regierungstreuer Truppen gescheitert, die Räteregierung zu beseitigen. Die Räterepublik trat nun in ihre zweite Phase: die Kommunisten verdrängten den Zentralrat und übernahmen die Macht. Die Münchner Bevölkerung war durch diese Vorgänge zutiefst verunsichert, und auch die Pasinger Bürger empfanden die Radikalisierung in der nahegelegenen Hauptstadt als starke Bedrohung. Gerüchte über eine militärische Intervention regierungstreuer Truppen zur Wiedereinsetzung der Regierung Hoffmann machten die Runde. Im Fall des Vorrückens von Militär auf München war Pasing als Vorstadt und durch seine verkehrsgünstige und daher strategisch zentrale Lage besonders gefährdet.

Kugler sah sich unter diesen Bedingungen zu einem riskanten taktischen Manöver gezwungen. Da er den in der Stadtpolitik erreichten Stand nicht aufs Spiel setzen wollte, versuchte er durch öffentliche Aufrufe die Pasinger Arbeiter zum Generalstreik und zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften zu mobilisieren. Die Pasinger Arbeiter wurden zum Beitritt in die Rote Garde, die aus der städtischen Sicherheitswache gebildet worden war, aufgerufen. Waffen erhielt die Rote Garde, die zeitweise 60 Mann umfasste, aus den Beständen des mittlerweile aufgelösten 1. Reserve-Infanterie-Regiments.

Trotz der radikalen und aufrüttelnden Propaganda für die Räterepublik versuchte Kugler eine allzu enge Anlehnung an die Münchner Räteregierung zu vermeiden. Das in München herrschende Kompetenzchaos, die unüberlegten Maßnahmen und Anordnungen, die sich vielfach widersprachen, sowie die fehlende politische Leitlinie im Handeln der Verantwort-

Bürger von Pasing!

Der Rev. AR. schützt Leben und Eigentum der Pasinger Einwohnerschaft, soweit diese nichts gegen die Räterepublik unternimmt.

Wir warnen vor den Quertreibern und verantwortlichen Elementen, die durch Anzetteln eines „Bürgerstreits“ den Bürgerkrieg heraufbeschwören wollen. Das revolutionäre Proletariat, das sich die Räterepublik geschaffen hat, wird diese zu verteidigen wissen.

Jeder Inhaber oder verantwortliche Leiter eines für die Lebenserhaltung der Allgemeinheit wichtigen Betriebes, der diesen aus Demonstration gegen die Räterepublik schließt, wird rücksichtslos enteignet. Der Betrieb wird durch den Rev. AR. weitergeführt und der Erlös zu Wohlfahrtszwecken verwendet.

Der Rev. Arbeiterrat Pasing.
J. A.: Salvermoser, Kugler.

Die Republikanische Schutztruppe steht geschlossen hinter dem Rev. AR. Pasing.

gez.: Müller, Karpfinger.

Abb. 4: Mitteilung des RAR an die „Bürger von Pasing!“, Würmtalbote vom 10. April 1919.

Quelle: Bayer. Staatsbibliothek, München.

Arbeiter!

Die Stunde des Kampfes hat geschlagen! Der Verrat kommt von Bamberg. Mitglieder des Zentralrates sind verhaftet, sie sind nach Passau verschleppt. Verräter haben die Regierung der Kapitalisten, die Regierung Hoffmann proklamiert. Euch werden jetzt schon Eure Rechte genommen. Sie wollen alle Klassenbewußten Kämpfer niedermetzeln.

**Tretet ein in den Generalstreik!
Arbeiter, jetzt gilt es! Wenn ihr jetzt nicht zu kämpfen wißt, dann ist die Revolution verloren.**

Es geht um Eure Zukunft! Ihr kämpft für die ganze deutsche Arbeiterklasse, für die Weltrevolution.

Nieder mit der Regierung Hoffmann, nieder mit den Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse!

Es lebe die Räterepublik!

Sür den rev. A.-R.:
2. Vorf. Kugler.

Abb. 5: Flugblatt des Pasinger Arbeiterrats zum Generalstreik, 14. April 1919. Quelle: Spuren, a. a. O., S. 105.

lichen, mussten auf jemand, der in einem überschaubaren Gemeinwesen wie Pasing eine zielgerichtete sozialistische Politik betrieb, abschreckend wirken. Vieles deutet darauf hin, dass Kugler auch daran gelegen war, eine Eskalation der Gewalt zu verhindern. Er bemühte sich intensiv, gewalttätige Übergriffe zu verhindern und verweigerte den Münchner Räten mehrfach die Gefolgschaft. Als von München Weisung erteilt wurde, Bürgermeister Wunder, Magistratsrat Riemerschmid, Buchdruckereibesitzer Meindl, Gräfin Gatterburg sowie Hans Nimmerfall als Geiseln zu nehmen, lehnte Kugler dies ab. Münchner Rotgardisten versuchten daraufhin verschiedentlich, prominente Pasinger als Geiseln festzunehmen. Erfolg-

reich waren sie nur in einem Fall: Karl Schmidt, Redakteur bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“, wurde nachts um 2.00 Uhr in seiner Pasinger Wohnung festgenommen und nach München ins Luitpold-Gymnasium (dem Schauplatz des späteren Geiselmordes) gebracht. Auf Fürsprache Kuglers wurde Schmidt jedoch wieder freigelassen.

Kuglers Bemühungen, sich zwischen den Fronten der vorrückenden republikanischen Truppen und den radikalen Münchner Machthabern zu behaupten, waren letztlich zum Scheitern verurteilt. Ein außerordentlich heftig geführter öffentlicher Streit zwischen Kugler und dem Pasinger MSPD-Funktionär Lichtinger, bei dem auf beiden Seiten mit persönlichen Beleidigungen nicht gespart wurde, trug dazu bei, dass Kuglers Ansehen in der Pasinger Arbeiterschaft sank. Im Würmtalboten wurde Kugler vorgeworfen, er habe sich aus „parteilichen Gründen (...) über den Kopf des Arbeiterrates hinweg zum Diktator aufgespielt.“ In der Tat musste Kuglers Amtsführung, die der eines mit umfassenden Kontroll- und Exekutivbefugnissen ausgestatteten Stadtkommandanten nahekam, Kritik herausfordern. Die Amtsenthebung der Gemeindegremien und die Nötigung der städtischen Bediensteten

waren kaum geeignet, in einer von heftigen Krisensituationen begleiteten Zeit ein Klima der Verständigung und Kooperation zu schaffen, in dem politische Reformen ohne nennenswerte äußere und innere Widerstände gedeihen konnten. Kugler musste den Ausgleich mit den bürgerlichen Kräften und der Mehrheitspartei suchen. Um einen geordneten Vollzug der Stadtgeschäfte zu gewährleisten, sah er sich am 19. April gezwungen, Magistrat und Gemeindegremium wieder einzusetzen. Die den städtischen Bediensteten abgepresste Loyalitätserklärung wurde als gegenstandslos erklärt. Auch der Streit mit der MSPD musste beigelegt werden.



Für Ende April anberaumte Neuwahlen sollten der Mehrheitspartei die Gelegenheit geben, ohne Gesichtsverlust Ihre Mitarbeit im Arbeiterrat wieder aufzunehmen. Zur Wahl waren ausschließlich Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien und der Freien Gewerkschaften zugelassen. Mitglieder des christlichen Orts- und Gewerkschaftskartells waren ebenso ausgeschlossen wie Arbeiter, die nicht organisiert waren. Der Wahlaufruf wurde gemeinsam von USPD, MSPD und den Freien Gewerkschaften unterzeichnet. Kritik blieb nicht aus. Im Namen des der BVP nahestehenden christlichen Orts- und Gewerkschaftskartells richtete Karl Wolf schwere Vorwürfe an die Adresse der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Er kritisierte den Ausschluss großer Teile der Pasinger Arbeiterschaft vom Wahlrecht, zumal sich die christliche Arbeiterschaft nicht bewusst sei, *„daß sie die Interessen der Arbeiterschaft nicht gewahrt hätte, somit kein Grund vorgelegen hätte, der solchen Terror rechtfertigen dürfte.“* Auch die DDP Pasing äußerte Unverständnis über den Charakter der Wahl. Die Partei erklärte, *„daß sie eine Körperschaft, die aus einer solchen, willkürlich beschränkten Wahl hervorgeht, nicht als Arbeiterrat anerkennt. Wenn eine allgemeine Neuwahl des Arbeiterrates auf gesetzlicher Grundlage stattfände, würde sich unsere Partei selbst verständlich daran beteiligen.“*

Bei den Wahlen am 27. April wurden 1.152 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 689 Stimmen auf die USPD (12 Sitze) und 463 Stimmen auf die MSPD (8 Sitze). Allein aufgrund des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades in Pasing – 1920 waren etwa 3.500 Arbeiter Mitglied im Gewerkschaftsverein – eine erstaunlich geringe Wahlbeteiligung. Immerhin hatten bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 noch annähernd 3.200 Pasinger den beiden sozialdemokratischen Parteien ihr Vertrauen gezeigt. Ende April wurde jedoch deutlich, dass innerhalb der Pasinger Arbeiterschaft die Bereitschaft zur Unterstützung der Räteidee deut-

lich zurückging. Die feste Einbindung der Arbeiterräte in das kommunale Verwaltungssystem hatte sich bereits durch Kuglers Rückzieher bei der Wiedereinsetzung von Stadtmagistrat und Gemeindegremium als aussichtsloses Unterfangen erwiesen. Zudem war in den letzten Apriltagen täglich mit dem Vormarsch der regierungstreuen Truppen – es handelte sich um Reichswehrtruppen, württembergische Verbände und in Nordbayern ausgehobene Freikorps mit einer Stärke von nahezu 3.5000 Mann – zu rechnen. In Dachau zeichnete sich die Niederlage der Roten Armee ab; größere Truppenverbände waren in Starnberg stationiert worden. Der Marsch auf München stand unmittelbar bevor, und Pasing würde als eine der ersten Städte den Regierungstruppen in die Hände fallen. Vor diesem Hintergrund war das Fernbleiben der Pasinger Arbeiter von den Wahlen nicht allein Folge des verlorengegangenen Vertrauens in die Räteidee, sondern auch Ausdruck der Resignation vor den mit Hilfe militärischer Machtmittel geschaffenen Realitäten.

Um ein Blutvergießen beim Einmarsch der „Weißgardisten“ in Pasing zu verhindern, entschloss sich Kugler gemeinsam mit Bürgermeister Wunder und den MSPD-Funktionären Amann und Höss nach Starnberg zu fahren, um mit dem Kommandeur der Regierungstruppen Oberstleutnant Bogendörfer Übergabeverhandlungen zu führen. Am 27. April traf die Pasinger Delegation in Starnberg ein und unterbreitete Bogendörfer das Angebot, Pasing ohne Widerstand zu übergeben; die Pasinger Rote Garde sollte jedoch bis zur Übergabe ihre Waffen behalten dürfen. Bogendörfer, der die vollständige Entwaffnung der Pasinger Rotgardisten forderte, akzeptierte schließlich einen Kompromiss: den Regierungstruppen sollte beim Einmarsch keinerlei Widerstand entgegengesetzt werden; die Rote Garde, bis auf 30 Mann entwaffnet, sollte bis zur Ankunft der Regierungstruppen Ruhe und Ordnung in der Stadt sicherstellen. Damit war die drohende Gefahr einer militärischen Eskalation in Pasing ausgeräumt.

Abb. 6: Die Rote Garde auf dem Pasinger Marienplatz. Aufnahme aus dem Atelierfenster des Fotografen Rudolf Kahl, datiert auf dem Foto 21.4.19. Quelle: Sammlung Möllmann.

Abb. 7: Einmarsch der Weißen Truppen in Pasing. Aufnahme aus dem Atelierfenster des Fotografen Rudolf Kahl, Quelle: Sammlung Möllmann.

in Deutschland

1918

15.-17. Jun. Die letzte Offensive der deutschen Heere in Frankreich scheitert.

14. Aug. Die Oberste Heeresleitung (OHL) erklärt die Fortführung des Krieges als aussichtslos.

29. Sept. Die OHL fordert von der Reichsleitung sofortige Waffenstillstandsverhandlungen und die Bildung einer „parlamentarisch getragenen Regierung“.

30. Sept. Daraufhin Erlass Kaiser Wilhelm II. zur Umwandlung des Deutschen Kaiserreichs in eine parlamentarische Monarchie. Damit soll die Verantwortung für die drohende Niederlage und ihre Folgen den Politikern zugeschoben werden.

3./4. Okt. Auf Druck der OHL richtet der neu ernannte Reichskanzler Max von Baden ein Waffenstillstandersuchen auf Basis des sog. 14-Punkte-Programms an den amerikanischen Präsidenten Wilson als Vermittler.

24. Okt. Meuterei innerhalb der deutschen Kriegsflotte in Wilhelmshaven; wenige Tage später auch in Kiel.

28. Okt. Der Reichstag beschließt Verfassungs- und Gesetzesänderungen zur Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems. Diese führen u. a. zu einer Stärkung der Position des Reichstags gegenüber dem Reichskanzler; ihre sonstigen konkreten Auswirkungen sind jedoch gering.

in Bayern und München

28.-31. Jan. „Januarstreik“ der Münchner Rüstungsarbeiter/innen, der sich gegen die Kriegsführung und die katastrophale soziale Lage richtet. Die der Unabhängigen SPD (USPD) angehörenden Anführer – darunter Kurt Eisner – werden monatelang inhaftiert. Unter den Verhafteten ist auch Sarah Sonja Lerch, eine Mitstreiterin für die Revolution. Sie wird im Gefängnis Stadelheim in einer Zelle tot aufgefunden.

15. Aug. Aufforderung des bayerischen Ministerrats an die Reichsleitung zur Suche nach einem Verständigungsfrieden.

in Pasing

in Deutschland

3./4. Nov. Aufstand der Marinesoldaten in Kiel greift auf andere deutsche Städte über und führt dort zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.

in Bayern und München

2. Nov. König Ludwig III. verkündet die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Bayern.

3. Nov. Nach einer Demonstration auf der Münchner Theresienwiese fordert die Menschenmenge vor dem Wittelsbacher Palais – dem Wohnsitz König Ludwig III. – die Schaffung einer sozialistischen Republik.

5. Nov. Bei einer Kundgebung auf der Theresienwiese verkündet Kurt Eisner (USPD) eine revolutionäre Erhebung innerhalb der nächsten zwei Tage.

6. Nov. Zustimmung der Kammer der Abgeordneten im bayerischen Landtag zu einem Gesetzentwurf, der eine Umwandlung Bayerns von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie vorsah. Zur vorgesehenen Abstimmung am 8. 11. kam es nicht mehr.

7. Nov. Eisners Revolution

Große Friedensdemonstration

von ca. 40.000 Personen auf der Theresienwiese. Anschließend gelingt Eisners Mitstreiter Felix Fechenbach die Mobilisierung der Münchner Soldaten für die Revolution. Danach gründet sich in den Bierhallen des Mathäerbräu am Hauptbahnhof ein Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Vorsitz von Kurt Eisner. Dieser dringt dann mit großem Gefolge am späten Abend in den Sitzungssaal des Bayerischen Landtags ein. Dort verkündet er den Kriegsausritt Bayerns sowie das Ende der bayerischen Monarchie und ruft den „Freien Volksstaat Bayern“ aus.

Flucht König Ludwigs III. auf sein Schloss Wildenwart am Chiemsee, am nächsten Tag nach Schloss Anif bei Salzburg.

8. Nov. Bildung einer überwiegend aus Mitgliedern der Mehrheits-SPD (MSPD) bestehenden provisorischen parlamentarischen „Volksregierung“ unter Vorsitz von Ministerpräsident Kurt Eisner (4 Minister MSPD, 2 USPD, 2 parteilos).

Als Träger der revolutionären Staatsgewalt fungieren auf Verlangen Eisners die Arbeiter-Soldaten- und Bauernräte.

in Pasing

in Deutschland

9. Nov. Ausrufung der „Deutschen Republik“ in Berlin durch Philipp Scheidemann (MSPD)

Verkündung des Thronverzichts von Kaiser Wilhelm II und des Kronprinzen.

Die SPD und die bürgerlich-demokratischen Parteien setzten sich nach zum Teil bürgerkriegsartigen Unruhen mit ihren Vorstellungen durch. Die Aktion Scheidemanns markiert damit das Ende des Kaiserreichs und die Geburtsstunde der Weimarer Republik, der ersten Republik, die den gesamten deutschen Nationalstaat umfasste.

10. Nov. Berlin: MSPD und USPD bilden in einer Koalition den „Rat der Volksbeauftragten“ als revolutionäres Kontrollorgan des Regierungskabinetts, ausgestattet mit umfassenden Befugnissen. Daneben besteht ein „Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte“ als Kontrollorgan.

11. Nov. Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages durch die deutschen Unterhändler.

28. Nov. Kaiser Wilhelm II unterzeichnet seinen Thronverzicht.

30. Dez. Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus anderen sozialistischen Gruppen.

in Bayern und München

Im bayerischen Landtag konstituiert sich ein „Provisorischer Nationalrat“ mit lediglich beratender Funktion. Er soll der aus einem Umsturz und nicht aus einer Wahl entstandenen provisorischen Koalitionsregierung von MSPD und USPD eine gewisse Legitimität verleihen.

Ein Aufruf Eisners an die Bevölkerung Münchens und die Entmachtung der Dynastie Wittelsbach werden öffentlich verkündet.

12. Nov. Gründung der Bayerischen Volkspartei (BVP) als Ableger der Zentrumspartei.

13. Nov. König Ludwig III legt die Regierung nieder und entbindet alle Beamten und Soldaten des ehemaligen Königreiches Bayern von ihrem Treueeid. Dies wird von den Führern der Revolution als Thronverzicht aufgefasst und verkündet. Eine offizielle Abdankung von Ludwig III erfolgt nicht.

13. Dez. Der provisorische Bayerische Nationalrat tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen.

in Pasing

9. Nov. Die Stadtverwaltung wird „durch Beiziehung von Vertretern aus allen Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeiterschaft“ bürgernäher. Von dieser „erweiterten Stadtverwaltung“ ergeht als erstes die Aufforderung, Ruhe, Ordnung und Besonnenheit zu wahren (siehe Tafel 2, rechte Spalte).

Anfang Nov. Gründung des Pasinger Arbeiterrats durch Vertreter der Mehrheits-SPD und des Gewerkschaftsvereins (15 Mitglieder) sowie der Unabhängigen SPD (5 Mitglieder). Entsprechend dem politischen Kräfteverhältnis übernimmt der Gewerkschafter Karl Hesselbach die führende Rolle.

An den Sitzungen des Magistrats nehmen Vertreter des Arbeiterrates ohne Stimmrecht teil.

Mitte Nov. Einrichtung einer städtischen Sicherheitswache zur Unterstützung der örtlichen Polizeistation.

22. Nov. Gründung einer Ortsgruppe der Bayerischen Volkspartei (BVP).

Ende Nov./Anfang Dez.

Zahlreiche Wahlveranstaltungen zur Landtagswahl und Nationalversammlung im Januar.

Eine neue und wichtige Zielgruppe sind die jetzt wahlberechtigten Frauen [siehe Tafeln 3 und 4].

in Deutschland

1919

5. – 7. Jan. Spartakusaufstand in Berlin. Regierungstruppen und Freikorps erschließen 156 Aufständische und Zivilisten.

7. Jan. Im Zuge des Spartakusaufstands erhält Gustav Noske von Friedrich Ebert den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin. Aufstellung weiterer Freikorps in Berlin.

19. Jan. Bei der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wird die MSPD mit 165 Mandaten stärkste Kraft im Deutschen Reich (USPD 22 Mandate).

11. Feb. Die deutsche Nationalversammlung in Berlin wählt Friedrich Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten.

in Bayern und München

12. Jan. An der ersten Landtagswahl in Bayern nach Kriegsende können jetzt auch Frauen teilnehmen. Die KPD tritt zur Wahl nicht an. Die Ergebnisse: BVP 35%, MSPD 33%, Deutsche Demokratische Partei (DDP) 14%, USPD 2,5%.

Die Regierung Eisner gerät wegen des eindeutigen Votums gegen eine Räte-Regierung in eine tiefe Legitimationskrise.

Die MSPD strebt eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien an.

21. Feb. Unmittelbar vor der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags und seiner Rücktrittserklärung wird der provisorisch amtierende Ministerpräsident Kurt Eisner von einem rechtsradikalen ehemaligen Offizier ermordet. Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Erhard Auer wird von einem rachsüchtigen Eisner-Anhänger durch zwei Schüsse schwer verletzt. Der führungslose und geschockte Landtag vertagt sich. Auch Heinrich Osel aus Pasing wird dabei erschossen.

in Pasing

12. Jan. 92% der wahlberechtigten Pasinger Bürger/innen beteiligen sich an den Landtagswahlen. Die Frauen sind erstmals wahlberechtigt. Das Wahlergebnis: MSPD 48,6%, USPD 2,1%.

15. Jan. Der Arbeiterrat erhält das Recht, bis zu drei Vertreter mit beratender Stimme in den Magistrat zu entsenden; ihnen ist über den Beratungsgegenstand rechtzeitig Mitteilung zu machen. Über alle öffentlichen Angelegenheiten ist den Arbeiterräten Auskunft zu erteilen. Bei allen wichtigen Angelegenheiten sind sie mit ihren Vorschlägen, Anregungen und Anträgen zu hören.

19. Jan. Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Wahlergebnis in Pasing: MSPD 46,5%, USPD: 8,4%.

13. Feb. Gemeinsame Demonstration von MSPD (mit Staatssekretär Hans Nimmerfall), Bayerischer Volkspartei (BVP) und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) gegen die Gewaltpolitik der Siegermächte. Die USPD lehnt eine Beteiligung an diesem Bündnis aus prinzipiellen Gründen ab.

in Deutschland

in Bayern und München

in Pasing

2. Phase der Revolution

21. Feb. Als Reaktion auf den Mord und das dadurch entstandene Machtvakuum bildet sich als radikal linker politischer Gegenpol zu den gewählten Volksvertretern ein „Zentralrat der bayerischen Republik“. Er besteht aus Vertretern aller an der Revolution beteiligten relevanten Gruppen.

Der Zentralrat zieht in der als kommissarisches Regierungsgremium die Macht an sich. Er ruft den Generalstreik aus und verhängt den Belagerungszustand über München.

26. Feb. An der Trauerfeier für Kurt Eisner nehmen in München etwa 100.000 Menschen teil. Für ganz Bayern wird Landestrauer angeordnet.

28. Feb. Der Kongress der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte („Rätekongress“) fungierte kurzzeitig als Übergangsparlament. Ein Antrag auf Ausrufung einer Räterepublik wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Stattdessen wurde eine sofortige Landtagssitzung zur Wahl einer sozialistischen Regierung, sowie deren Ausstattung mit weitreichenden Vollmachten, befürwortet.

21./22. Feb. Nach der Ermordung von Ministerpräsident Eisner bildet sich in Pasing eine Koalition von MSPD, USPD, Republikanischer Schutzwache und dem Soldatenrat des 1. Reserve-Infanterie-Regiments.

Der bisherige Arbeiterrat wird durch einen provisorischen „Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat“ (RASR) abgelöst, Vorsitzender ist Josef Amann (MSPD). Die lokalen Zeitungsredaktionen werden besetzt und eine Zensur verhängt.

23. Feb. Öffentliche Bekanntmachung des RASR von überraschenden Beschlüssen:

- Unterordnung des Bürgermeisters und des Magistrats unter die Aufsicht des RASR.
- Auflösung des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten (Stadtrat).
- Entsendung von Kontrollorganen in die städtischen Betriebe.
- Aufruf zu einem dreitägigen Generalstreik, um befürchtete konterrevolutionäre Aktivitäten zu verhindern.

Diese öffentlich proklamierten Forderungen werden jedoch vorerst nicht umgesetzt, weil dem Arbeiter- und Soldatenrat dazu (noch) die Machtbasis fehlt. Nur die Pressezensur wird weiter praktiziert, obwohl dafür kein konkreter Anlass besteht. [Siehe Proklamation auf Tafel 5, rechte Spalte]

6. März Neuwahl des mittlerweile „entmilitarisierten“ „Revolutionären Arbeiterrats“ (RAR): Der USPD-Vorsitzende Georg Kugler wird 2. Vorsitzender und Geschäftsführer. Er entwickelt sich in kurzer Zeit zur dominierenden Person dieses Gremiums. Durch soziale Aktivitäten für die notleidende Bevölkerung verbessert er das Ansehen des RAR erheblich und mehrt dadurch dessen politische Einflussmöglichkeiten. Der 1. Vorsitzende Josef Amann (MSPD) gerät ins Abseits.

12. März Mitteilung des Magistrats an das Bezirksamt München über die Verteilung von Waffen durch den RAR.

in Deutschland

in Bayern und München

in Pasing

17. März Die zweite Fassung des Staatsgrundgesetzes des Freistaats wird vom Landtag beschlossen, sie löst die Fassung vom 4. Januar ab.

17./18. März Nach schwierigen Verhandlungen zwischen dem revolutionären „Zentralrat der bayerischen Republik“ und den gewählten Parteien kann der bayerische Landtag Johannes Hoffmann (MSPD) zum ersten demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten wählen und dessen Kabinett bestätigen. Durch den Erlass weiterer Gesetze wird die Handlungsfähigkeit der neuen Landesregierung sichergestellt.

3. Phase der Revolution Ausrufung der Räterepublik Bayern

7. April Die weitere Entwicklung zur parlamentarisch regierten Republik wird von der Ausrufung der „Räterepublik Bayern“ durch den „Revolutionären Zentralrat Baierns“ und den „Revolutionären Arbeiterrat“ gestoppt. USPD und KPD sind an der Aktion nicht beteiligt worden.

Diese Räterepublik verfügt die Auflösung des Landtags und verkündet die Diktatur des Proletariats. In der Folgezeit wird die Ministerialbürokratie durch Volksbeauftragte ersetzt, das sog. Proletariat bewaffnet, die Presse sozialisiert und sog. Volksgerichte eingerichtet.

Die Repräsentanten dieser Räterepublik sind die pazifistisch-anarchistisch gesinnten Intellektuellen Erich Mühsam, Gustav Landauer und Ernst Toller.

Die abgesetzte Regierung Hoffmann flieht nach Bamberg und verhängt eine Lebensmittelsperre über alle bayerischen Städte, die sich der Räterevolution anschließen.

26. März Machtprobe zwischen RAR und Magistrat:

- Der RAR verweigert die Zustimmung zu der vom Magistrat geforderten Anhebung der Straßenbahntarife.

- Der RAR fordert die Gleichstellung bei Abstimmungen im Magistrat und im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten sowie die Abschaffung nicht-öffentlicher Sitzungen.

Wegen dieser Forderungen kommt es zu heftigen Konflikten zwischen USPD- und MSPD-Arbeiterräten innerhalb des RAR.

Der Pasinger Magistrat ist wegen der stärker gewordenen Position der USPD im RAR zum Nachgeben gezwungen.

7. April Der „Revolutionäre Zentralrat Baierns“ verkündet in allen Zeitungen die zur Wirklichkeit gewordene Diktatur des Proletariats sowie die Einführung der sozialistisch-kommunistischen Räterepublik. Der von Kugler und den USPD-Mitgliedern dominierte RAR Pasings übernimmt es, dem „Pasinger Proletariat“ die 12 Richtlinien der neuen Räte-Herrschaft bekannt zu geben. Er schließt sich mit einem Aufruf und einem eigenen 5-Punkte-Maßnahmenkatalog an. [Siehe Tafel 6]

Der 1. Vorsitzende des RAR, Josef Amann, erklärt angesichts dieser nicht mit ihm abgestimmten Aktivitäten seinen Rücktritt.

Um 15:00 Uhr, bei einer Volksversammlung mit etwa 1.500 Teilnehmern auf dem Marienplatz, verkünden die USPD-Arbeiterräte Lichtinger und Bachmair die Ausrufung der Räterepublik in Bayern und fordern zur Zustimmung auf.

8. April Der 1. Bürgermeister Dr. Wunder verkündet in einer öffentlichen Erklärung seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den neuen Herren im Rathaus [siehe Tafel 8, linke Spalte].

in Deutschland

in Bayern und München

in Pasing

13. April Die bayerische Regierung versucht, das Räteregime durch einen militärischen Überraschungsangriff auf die Landeshauptstadt zu stürzen, dem sog. Palmsonntagsputsch. Diese Attacke scheitert am Widerstand der von Kommunisten geführten paramilitärischen Revolutionsstruppen (Rote Armee).

4. Phase der Revolution, 2. Räterepublik

14. April In der Folge treten die Münchner Kommunisten an die Spitze der Revolution und rufen die kommunistische Räterepublik nach ungarisch-russischem Vorbild aus. Die gesetzgebende Gewalt wird einem vierköpfigen Vollzugsrat unter der Leitung von Eugen Leviné übertragen.

14. April Beginn eines neuntägigen Generalstreiks in München. Über den weiteren Verlauf ist nichts bekannt.

16. April Bei Dachau kann die Rote Armee Truppenverbände der bayerischen Regierung für kurze Zeit zurückschlagen.

16. April Bei Dachau kann die Rote Armee Truppenverbände der bayerischen Regierung für kurze Zeit zurückschlagen.

17. April Das weitere militärische Vorgehen der bayerischen Regierung gegen die Räterepublik erfolgt jetzt in Zusammenarbeit mit dem Reichskriegsministerium in Berlin. Die Bildung von Freikorpsverbänden wird durch massive Anwerbung von Freiwilligen gefördert.

22. April Große Truppenschau als Machtdemonstration der Räterepublik am Ende des Generalstreiks. Es nehmen ca. 12.000 Rotgardisten und bewaffnete Zivilisten teil.

25. April Die Landesregierung verhängt über Bayern das Kriegsrecht.

10. April Der RAR warnt die Bürger vor konterrevolutionären Aktivitäten und weist auf die Verhängung des Belagerungszustands durch das 1. Armee-Korps hin.

12. April Alle zwölf Arbeiterräte der MSPD legen wegen des diktatorischen Handelns der USPD und ihres Vorsitzenden Kugler ihre Mandate nieder. Damit ist die Zusammenarbeit der beiden sozialdemokratischen Parteien vorübergehend beendet. Der deutlich verkleinerte Revolutionäre Arbeiterrat gerät dadurch in eine schwierige Situation, denn er kann die Verwaltungsaufgaben, die er kürzlich an sich gerissen hat, nicht wahrnehmen.

14. April Die Bevölkerung ist von den Nachrichten über den kommunistischen Umsturz in München und eine drohende militärische Intervention der Regierung Hoffmann stark verschreckt; sie fürchtet um ihr Leben und ihr Eigentum.

Georg Kugler ist der starke Mann in der Not, denn er nimmt eine Doppelrolle ein. Als Herrscher des Revolutionären Arbeiterrats appelliert er an die bürgerliche Bevölkerung, dem Schutz durch den RAR zu vertrauen und diesem keine Schwierigkeiten zu bereiten. Als Chef der USPD ruft er die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf und mobilisiert sie für den Eintritt in die Rote Garde, die zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften angetreten ist. [Siehe Tafel 9]

20. April Der Rest-RAR nimmt öffentlich seine am 8. April verkündeten Maßnahmen teilweise zurück und schwenkt um auf eine erneute Kooperation mit der MSPD, um sie in die politische und administrative Verantwortung für die Stadt einzubinden [siehe Tafel 10, linke Spalte].

24. April Gemeinsamer Aufruf von MSPD, USPD und der Freien Gewerkschaften zur öffentlichen Neuwahl des RAR, in dem künftig alle gesellschaftlichen Gruppen (Stände) vertreten sein sollen. Wahlberechtigt sind jedoch nur Mitglieder der zur Wahl aufrufenden Organisationen. Diese undemokratische Einschränkung des Wahlrechts führt zu heftigen Protesten.

in Deutschland

28. Jun. Abschluss des Friedensvertrages von Versailles.

31. Jul. Annahme der neuen Verfassung des Deutschen Reiches (Weimarer Verfassung) durch die Nationalversammlung.

in Bayern und München

27. April München wird von Bayerischen Regierungstruppen und Freikorpsverbänden eingeschlossen. Verhandlungen des revolutionären Aktionsausschusses mit der Regierung Hoffmann über eine Beendigung der Kämpfe, scheitern an deren Forderung nach bedingungsloser Kapitulation.

Ende der Revolution in Bayern

1. Mai Nach blutigen Straßenschlachten und Häuserkämpfen wird München durch regierungstreue Verbände erobert. Die Kämpfe fordern über 600 Opfer, die meisten davon sind Rotgardisten und Zivilisten. Die bayerische Räterepublik ist besiegt.

8. Mai Die letzten Kämpfe in und um München gehen zu Ende.

31. Mai Die MSPD bildet unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann eine Koalitionsregierung mit der Bayerischen Volkspartei (BVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Die USPD gehört der neuen Landesregierung nicht an.

12. Aug. Der noch in Bamberg residierende bayerische Landtag beschließt die Annahme einer neuen Verfassung (Bamberger Verfassung), sie tritt am 15. September 1919 in Kraft.

in Pasing

27. April Die Beteiligung an der Wahl zum RAR ist gering. Dies signalisiert eine stark abnehmende Akzeptanz in der Arbeiterschaft, aber auch Unsicherheit bezüglich der politischen Entwicklung. Sitzverteilung: USPD 12, MSPD 8.

28. April Übergabeverhandlung einer städtischen Delegation mit dem Kommandeur der Regierungstruppen in Starnberg. Damit wird der friedliche Verlauf der militärischen Besetzung Pasing sichergestellt.

29. April Rotgardisten aus München versuchen noch in letzter Minute durch die Geiselnahme prominenter Bürger das Ende der Räterepublik aufzuhalten. Eine nächtliche Entführung gelingt jedoch nur bei Dr. Kurt Schmidt, dem Schriftleiter der konservativ ausgerichteten Münchner Neuesten Nachrichten. Kugler erreicht jedoch seine umgehende Freilassung.

30. April Bekanntmachung von Verhaltensmaßregeln wegen des unmittelbar bevorstehenden Eintreffens der sog. Weißen Garden.

1. Mai Einmarsch der Regierungstruppen in Pasing. Die Stadt wird friedlich übergeben. Es ergehen mehrere Appelle an die Bevölkerung, jegliche Art von Schusswaffen und Munition abzuliefern. [Siehe Tafeln 11-13].

1./2. Mai 53 unbewaffnete ehemalige russische Kriegsgefangene werden von Regierungstruppen am Bahnhof verhaftet, nach Gräfelfing abgeführt, dort standrechtlich abgeteilt und erschossen [siehe Tafel 15].

6. Juni Georg Kugler wird vom Standgericht München-Au von der Anklage wegen Beihilfe zum Landesverrat freigesprochen.

An die Bevölkerung Münchens!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.

Bayern ist fortan ein Freistaat.

Eine Volksregierung, die vom Vertrauen der Masse getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit hebt an!

Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt.

Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrechterhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet!

Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht.

In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein!

Bewahrt die Ruhe und wirkt mit am Aufbau der neuen Welt!

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.

Es lebe die bayerische Republik!

Es lebe der Frieden!

Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern

Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner

[Münchner Neueste Nachrichten vom 8.11.1918, unveränderte Abschrift]

Präambel

Der Weltkrieg hat den Zusammenbruch der politischen und wirtschaftlichen Ordnung herbeigeführt. Das entrechtete, von der Entscheidung über seine Lebensfragen ausgesperrte Volk wurde von schrankenlos herrschenden Gewalten in Krieg und Untergang getrieben. In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste.

Das bayerische Volk ist in der Befreiung Deutschlands vorangegangen. Es ist entschlossen, als ein kraftvolles, selbstständiges Glied in einigem Verein deutscher Staaten und im Geiste des kommenden Völkerbundes zu wirken, der die Menschheit zu friedlicher gemeinschaftlicher Arbeit für alle Zeiten zusammenschließt.

Die Vergangenheit ist tot. Auf neuen Wegen ringt das Volk um die Gestaltung seines Schicksals. Daß dieses Volk in seiner Gesamtheit frei über die Bedingungen und Formen seines Lebens entscheidet, ist das unantastbare ewige Grundgesetz der bayerischen Republik. Seine Herrschaft soll nicht in der Anwendung leerer äußerlicher Rechte bestehen, sondern in der unmittelbaren und unablässigen Mitarbeit an den Angelegenheiten des Staates und in der gesetzlich verbürgten Macht, den Volkswillen jederzeit durchzusetzen. Diese lebendige Demokratie vollzieht und vollendet sich in den freien Organisationen des Volkes wie im Landtag und ganz besonders in der Volksabstimmung, die den Zweck und die Wirkung hat, die Übereinstimmung zwischen dem Willen des Volkes und seinen Vertretungen in Regierung und Landtag zu sichern.

Die uneingeschränkte Herrschaft des Volkes, die gewaltige Kraft der Massen kann aber nur dann in schöpferische Leistung umgesetzt werden, wenn alle mit Kopf und Hand Arbeitenden im Staate durchdrungen sind von der einheitlichen Erkenntnis der Staatsziele und der Klarheit über die Mittel ihrer Erreichung. Aus der völligen Zerrüttung der alten Verhältnisse kann nur die soziale Neuordnung herausführen. Die neue Demokratie kann ihre Lebensfähigkeit und ihr Daseinsrecht nur in dem Grade beweisen, als es ihr gelingt, in ruhiger organisierender Arbeit, den sozialen Neuaufbau der Gesellschaft von Grund aus zu verwirklichen.

In einem umfassenden Verfassungswerk sollen die Grundsätze der sozialistischen Republik zur Darstellung gelangen.

Bis zur Vollendung dieser Aufgabe, die dem von der revolutionären Regierung einberufenen Landtag obliegt, bleibt das folgende vorläufige Staatsgrundgesetz in Kraft, das die unerläßlichen Grundsätze der künftigen Verfassung festlegt, und solange die giltige provisorische Verfassung der Republik Bayern darstellt, bis die endgültige Verfassung zustande gekommen ist.

Text des Gesetzes

Bayern ist eine Republik.

1. Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands (Deutsches Reich).
2. Die höchste Gewalt des Bayerischen Staates liegt beim Volk.
3. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmungen und Wahlen der Staatsbürger und die durch die Verfassung eingesetzten Organe. Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, des Glaubens und des Berufes jeder Angehörige des Bayerischen Staates, der das 20. Lebensjahr vollendet hat.
4. Durch Wahlen der Staatsbürger wird der Landtag gebildet, der aus einer Kammer besteht. Die Wahl ist allgemein, gleich, unmittelbar, geheim, nach dem Verhältnisse der Stimmen.
5. Wahlberechtigt sind alle bayerischen Staatsbürger, wählbar sind alle bayerischen Staatsbürger über 25 Jahre.
6. Die oberste vollziehende Gewalt wird vom Gesamtministerium ausgeübt.
7. Das Gesamtministerium hat das Recht, Beschlüsse des Landtags spätestens innerhalb 4 Wochen der Volksbestimmung (Referendum) zu unterbreiten. In solchen Fällen werden die Beschlüsse des Land-

tags erst wirksam, wenn sie in der Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit der abstimmenden Staatsbürger bestätigt sind.

Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen.

Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.

8. Der Staat sichert die Unverletzlichkeit der Person, Freiheit des Glaubens und der Meinung in Rede und Schrift, Freiheit der Lehre, Wissenschaft und Kunst.

9. Das Eigentum ist unverletzlich. Die Enteignung von Vermögen kann nur zum Zwecke des Gemeinwohls auf Grund von Gesetzen erfolgen.

10. Vor dem Gesetze sind alle Einwohner gleich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die Rechtsprechung wird durch unabhängige Gerichte ausgeübt.

11. Alle Vorrechte der Geburt und des Adels, sowie Titel, die keine Berufsbezeichnungen sind, werden aufgehoben.

Neue Fideikomnisse dürfen nicht errichtet werden, die bestehenden sind durch besonderes Gesetz aufzuheben.

12. Die öffentlichen Lasten sind ansteigend nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen.

13. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht, weitgehender Selbstverwaltung.

Die Wahlen zu den gemeindlichen Vertretungskörpern erfolgen nach den Grundsätzen des Landtagswahlrechts.

14. Die Glaubensgesellschaften sind unabhängig von Staate und unterstehen dessen Schutz. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt und frei in ihrer Bestätigung.

Niemand kann zum Eintritt in eine Glaubensgesellschaft, zur Teilnahme an ihren Kultus oder zum Verbleiben in einer Glaubensgesellschaft gezwungen werden.

Bestehende Rechte der Glaubensgesellschaften können nur auf dem Wege der Gesetzgebung abgelöst werden.

15. Das Unterrichtswesen ist eine staatliche Angelegenheit. Die Erteilung des Religionsunterrichts obliegt den Glaubensgesellschaften.

Staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung des Religionsunterrichts nicht gezwungen werden; die Erziehungsberechtigten können von Staatswegen nicht gezwungen werden, die ihnen anvertraute Jugend zur Teilnahme am Religionsunterricht oder an religiösen Übungen anzuhalten.

16. Die Beamten haben das unbeschränkte Recht ihrer staatsbürgerlichen Betätigung. Die Rechte der Beamten bleiben unangetastet.

17. Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfes, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegen werden muß, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.

18. Dieses Staatsgrundgesetz tritt, insoweit es nicht bloße Programmsätze (Ziff. 11, 12, 13, 14, 15) enthält, mit seiner Verkündung in Kraft.

München, den 4. Januar 1919

Kurt Eisner. E. Auer. H. v. Frauendorfer. Hoffmann. Dr. Jaffé. Roßhaupter. J. Timm. Unterleitner.

Quelle: Wolfgang Ehberger, Bayerische Verfassung, 1919, publiziert am 23.08.2017; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Verfassung,_1919>, eingesehen 11.10.2018.

Anmerkung: Dieses Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wurde aufgehoben durch das vorläufige Staatsgrundgesetz des Freistaates Bayern, beschlossen durch den Landtag am 17. März 1919. Ihm folgte kurz darauf die sog. Bamberger Verfassung (siehe „Glossar“) vom 12. August 1919. Diese wurde 1934 durch die sog. Gleichschaltung der Länder und formal durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs“ aufgehoben. Am 8. Dezember 1946 trat die bis heute gültige Verfassung des Freistaates Bayern in Kraft.

Anifer Erklärung

König Ludwig III. floh zusammen mit Königin Theresese und einigen Mitgliedern des Hofstaats noch in der Nacht der Revolution am 7. November 1918 nach Schloss Anif bei Salzburg. Am 12. November 1918 entband er in einer schriftlichen Erklärung die Beamten, Soldaten und Offiziere von ihrem Treueid. Eine explizite Abdankung formulierte er hingegen nicht. Kurt Eisner fasste diese so genannte Anifer Erklärung als Abdankung auf.

Arbeiter- und Soldatenrat

Nach der bayerischen Revolution am 7.11.1918 wurden in ganz Bayern Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet. Die Räte sollten die Regierungsgewalt der staatlichen und kommunalen Einrichtungen übernehmen und für eine reibungslose Durchsetzung der Revolution sorgen. Allerdings konnten sich die meisten Räte nur für kurze Zeit gegenüber den alten Obrigkeiten behaupten und sanken bald wieder in die Bedeutungslosigkeit herab.

Bamberger Regierung/Bamberger Verfassung

Nachdem am 7. April 1919 in München die „Räterepublik Baiern“ ausgerufen worden war, verlagerten die parlamentarisch gewählte Regierung von Ministerpräsident Johannes Hoffmann und der Bayerische Landtag den Regierungssitz nach Bamberg. Hier wurde auch die Verfassung des Freistaats Bayern ausgearbeitet und beschlossen. Sie wird nach dem Ort ihrer Entstehung als „Bamberger Verfassung“ bezeichnet.

Bayerischer Rätekongress

Am 13. Februar 1919 fanden sich erstmals Delegierte der Rätegremien aus ganz Bayern auf dem Bayerischen Rätekongress in München ein. Hauptforderung des Kongress war die Erhaltung der durch die Revolution entstandenen Rätegremien auch nach den geplanten Landtagswahlen; die Rätegremien sollten fest in das zukünftige politische System des Freistaats Bayerns eingebunden werden. Nach dem Attentat auf Ministerpräsident Kurt Eisner berief der Zentralrat am 25. Februar 1919 erneut den Rätekongress, um über die weitere politische Entwicklung Bayerns beraten zu lassen. In einer Übereinkunft mit Vertretern des auseinander gebrochenen Landtags sprach sich eine große Mehrheit der Delegierten am 28. Februar 1919 gegen die Errichtung eines Räteystems und für die parlamentarische Demokratie aus.

Belagerungszustand

Im Falle des Ausnahmezustands konnte die Regierung durch Verhängung des Belagerungszustands zusätzliche Kompetenzen für sich beanspruchen und allgemeine Grundrechte aufheben.

In Bayern war der Belagerungszustand während des Ersten Weltkriegs gegeben; er wurde unter anderem dazu genutzt, die Wirtschaft zentral zu steuern. Infolge des am 21. Februar 1919 auf Ministerpräsidenten Eisner verübten Attentats verhängte der Zentralrat den Belagerungszustand über mehrere bayerische Städte und erwirkte dadurch unter anderem die Zensur der Presse und Versammlungsverbote.

Freikorps

Im April 1919 hob die Regierung Hoffmann in ganz Bayern paramilitärische Freiwilligenverbände aus, die zusammen mit Einheiten der Reichswehr die Räterepublik in München niederwerfen sollten. Teile dieser so genannten Weißen Truppen gingen hierbei mit großer Brutalität gegen die Rote Armee und die Zivilbevölkerung vor.

Palmsonntagsputsch

Am 13. April 1919, dem Palmsonntag, verhaftete die Republikanische Schutztruppe, die hinter Ministerpräsident Hoffmann stand, mehrere Anführer des Bayerischen Zentralrats in München und beendete damit die erste Räterepublik.

Räterepublik

Die Idee der Räterepublik besagt, dass alle politischen Entscheidungen durch die in Räten organisierten Basisgruppen der Gesellschaft getroffen werden. Die Willensbildung im Staat soll sich also von unten nach oben vollziehen.

In Bayern kam es am 7. April 1919 zur Proklamation der ersten Räterepublik. Mit ihrem Anspruch, die Räte-Idee als Ideal umzusetzen, glich sie einer Utopie. Nach dem Sturz der ersten Räterepublik am 13. April 1919 nutzte die KPD das entstandene Machtvakuum und proklamierte in München die zweite Räterepublik, die dem Beispiel Sowjetrusslands folgen sollte. Den Kommunisten war die erste Räterepublik nicht radikal genug gewesen, sie verspotteten sie als „Scheinräterepublik“. Die kommunistische Räterepublik wurde Anfang Mai durch Truppen der parlamentarischen Regierung Hoffmann beseitigt.

Revolution

In der Geschichte Bayerns ist der Begriff Revolution hauptsächlich mit zwei Ereignissen verbunden:

1. Im Zuge der revolutionären Erhebungen in Frankreich und mehreren deutschen Ländern 1848 kam es auch in München sowie in Teilen Schwabens und Frankens zu Unruhen, die schließlich zu Verfassungsreformen sowie zur Abdankung des durch die Lola-Montez-Affäre angeschlagenen, Königs Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Maximilian (II.) führten.

2. Im Anschluss an eine Friedensdemonstration auf der Theresienwiese am 7. November 1918 besetzte eine kleine Gruppe unabhängiger Sozialisten (USPD) unter Führung Kurt Eisners Kasernen und Regierungsgebäude. Die Monarchie der Wittelsbacher wurde für abgesetzt erklärt. In der darauffolgenden Nacht wurde der Freistaat Bayern proklamiert mit Kurt Eisner an der Spitze als Vorsitzender des Ministerrats.

Rote Armee

Die nach der Ausrufung Bayerns zur Räterepublik am 7. April 1919 nach sowjetrussischem Vorbild aufgestellte Rote Armee sollte die Räterepublik vor den Weißen Truppen der parlamentarischen Bamberger Regierung verteidigen. Allerdings war die Rote Armee schlecht ausgerüstet und organisiert, so dass sie beim Vorrücken der regierungstreuen Truppen auf München schnell auseinanderfiel.

Standrecht

Beim Standrecht geht die von Behörden des öffentlichen Rechts ausgeübte Gerichtsbarkeit im öffentlichen Recht auf den höchsten Militärbefehlshaber über, dem ein Kriegsgericht zur Seite steht, das so genannte Standgericht.

Die Einführung des Standrechts basiert auf der Annahme, dass ein ordentliches Gerichtsverfahren aus Mangel an Zeit oder Gelegenheit nicht durchführbar und eine Bestrafung des Täters in Form des „Kurzen Prozesses“ wegen der B0edeutung der Tat – oder als abschreckendes Beispiel für andere – unumgänglich sei. Durch Standgerichte wurden in der Geschichte zahlreiche Todesurteile gefällt oder deren Vollstreckung veranlasst. Die Vollstreckung erfolgte oft durch Erschießung („standrechtliche Erschießung“) oder durch Hängen („durch den Strang“).

Spartakisten

Im nach dem Anführer des römischen Sklavenaufstands im 1. Jahrhundert v. Chr. benannten Spartakusbund sammelten sich seit 1915 radikale Sozialisten und Pazifisten aus den Reihen der SPD. 1917 schlossen sich die Spartakisten der neugebildeten USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) an. Im Jahr 1919 wurde aus dem Spartakusbund heraus die KPD gegründet.

In Bayern entstanden ab 1919 nur in wenigen Industriegebieten Spartakusgruppen, allerdings wurde der Begriff „Spartakisten“ im Vorfeld und zu Zeiten der Räterepubliken als Sammelbegriff auf Sozialisten und Linksradikale jeder Couleur angewendet.

Volksbeauftragter

In der am 7. April 1919 in München ausgerufenen ersten Räterepublik wurden vom Revolutionären Zentralrat Volksbeauftragte gewählt, die in etwa die Stellung von Ministern einnahmen.

Vollzugsrat

Nach dem so genannten Palmsonntagsputsch am 13. April 1919 wählte der im Münchner Hofbräuhaus versammelte Betriebs- und Soldatenrat von München einen Aktionsausschuss. Dieser wählte wiederum den Vollzugsrat, dem Eugen Leviné vorsah. Der Vollzugsrat stellte in der zweiten Räterepublik eine Art von Regierung dar. Er koordinierte die verschiedenen Gremien und tätigte die laufenden Regierungsgeschäfte.

Zentralrat

Nach der Ermordung von Ministerpräsident Kurt Eisner am 21. Februar 1919 durch Graf Arco auf Valley und dem Attentat auf Innenminister Erhard Auer verließen die Abgeordneten fluchtartig das Gebäude, die Regierung war handlungsunfähig. Daraufhin wählte ein von sozialistischen Vertretern gebildeter Aktionsausschuss den so genannten Zentralrat, der bis auf Weiteres die Ausübung der Regierungstätigkeiten übernehmen sollte. Nach der Ausrufung der ersten Räterepublik in Bayern am 7. April 1919 wurde der Zentralrat in den „Revolutionären Zentralrat“ umgewandelt, der als höchstes Gremium der Räterepublik fungieren sollte.

*Quelle: Standrecht: <https://de.wikipedia.org/wiki/Standrecht> . Die übrigen Begriffe: *Haus der Bayerischen Geschichte* https://www.hdbg.eu/revolution/web/revolution_glossar.php, eingesehen Oktober 2018.*

Auf den folgenden Seiten werden die Tafeln
der Ausstellung verkleinert wiedergegeben.

Umfliche Bekanntmachungen Stadtmagistrat Pasing.

Die Ablieferung der in der Zeit vom 30. September bis 27. Oktober 1918 eingenommenen Brot- Mehl- und Milchmarken hat am

Donnerstag, 31. Oktober 1918

auf Zimmer 24/III des Rathauses zu erfolgen.

Die Bäcker und Mehlhändler werden aufgefordert, die Pasinger Marken mit dem Sicherheitsstreifen von den Marken ohne Sicherheitsstreifen getrennt zu halten und eigens gebündelt einzuliefern.

Pasing, 26. Oktober 1918.

Lebensmittelamt der Stadt Pasing.
W e i n d l, Referent

Die kriegsbedingte Not

"Wer hamstert, kommt ins Zuchthaus.
Wer nicht hamstert, kommt ins Irrenhaus.
Wer von den Marken lebt, kommt ins Leichenhaus."

Deutschlands furchtbare Not.

Deutschland hat einem furchtbaren Waffenstillstand sich unterwerfen müssen. Das alte Reich ist zusammengebrochen und von Grund auf muß alles neu gebaut werden. Noch nie hat ein Volk auch nur ähnliche Leistung vollbringen müssen. Aber unsere Feinde haben kein Einsehen. Sie wollen von ihren Forderungen nichts nachlassen. Obgleich solche Forderungen uns zermalmen, uns jede Möglichkeit rauben, dem deutschen Volk wieder zu einem Obdach zu helfen. Die Waffenstillstandsbedingungen sind unerfüllbar. Werden sie nicht noch im letzten Augenblick gemildert, so sind wir unrettbar verloren. Unsere Soldaten werden am Wege verrecken. Die Heimat wird sich entvölkern. Unsere Frauen und Kinder, unsere Kranken und Greise werden Hungers sterben. Können die Völker in Frankreich, England, in Belgien und Amerika solchem organisierten Mord still zuschauen?

Ist das Wilsons Frieden der Veröhnung und der Verständigung?

Bekanntmachung.

Allen Familien und Personen, die infolge des Krieges in eine wirklich bedrängte Lage gekommen und in Pasing wohnen wird eine Unterstützung in Brennmaterial gewährt.

Kriegerfamilien und Personen, die städtische Kriegsunterstützung beziehen, sind vorgemerkt und brauchen sich nicht mehr zu melden. Andere bedürftige Familien und Personen, die für die Unterstützung nachsuchen, wollen sich im Rathaus Zimmer Nr. 10 Ref. V sofort melden.

Stadtmagistrat Pasing
Braun, Referent.

Wie wir verhungern.

Der Marschall Foch hat dieser Tage ausdrücklich zugegeben, daß in Deutschland Hungersnot herrsche. Als Reflex dieses Eingeständnisses verbreitete sich in Deutschland wie selbstverständlich die Nachricht: Die Blockade ist aufgehoben! Aber dieser Glaube an Menschlichkeit war ein dummer Kinder Glaube. In Wirklichkeit haben wir inzwischen erfahren, daß jede erbetene Milderung glatt abgelehnt worden ist. Wie sollte es auch anders sein, nachdem unsere Feinde eben jetzt durch ihre neuen Waffenstillstandsbedingungen den Hungerriemen erst recht angezogen haben. Die Zahl der deutschen Kinder und Säuglinge, Schwangeren und Schwächlichen, Frauen und Männer, die allein infolge dieser neuen Bedingungen elend verhungern wird, kann man auf ungezählte Tausende beziffern. ...

Lokales.

Vor Zuzug nach Pasing wird gewarnt!

Jeder Zuzug von Familien oder Einzelpersonen bedarf der magistr. Genehmigung. Miet- und Unterkunftsverträge ohne diese Genehmigung sind nichtig; auch werden Lebensmittelkarten verweigert.

Bekanntmachung.
Wegen des sich immer mehr steigenden Kohlenmangels und der stets schwieriger werdenden Beschaffung von Fuhrwerken sind die Brauereien während der kalten Jahreszeit gezwungen,
ab 1. November 1918
die Eislieferung an ihre Abnehmer einzustellen.
Wir bitten, dieser durch die Kriegslage notwendig gewordenen Massnahme Rechnung zu tragen.
München den 28. Oktober 1918.
Die Mitglieder des Vereins Münchener Brauereien e. V.

Links oben: Pasinger Zeitung 29.10.18, drei Bekanntmachungen
Links unten: Würmtalbote 31.10.18, Sterbeanzeige
Rechts oben: Pasinger Zeitung 26.11.18
Rechts Mitte: Würmtalbote 24.01.19, darunter 15.2.19, "Lokales"
Unten: Notgeld der Stadt Pasing. Quelle: Pasinger Archiv e. V.

Fern von seinem Lieben starb in einem Kriegslazarett bei Brüssel am 25. Oktober an schwerer Gasvergiftung und Lungenerkrankung mein heimgeliebter jüngster Sohn, unser herzensguter Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Luitpold Deschl
Abiturient der k. Lehrerbildungsanstalt Pasing
Vizefeldwebel in einem bay. Fußartillerie-Bataillon
Inhaber des Eisernen Kreuzes

nachdem er noch vor ein paar Wochen kerngesund, unverzagt auf blühenden Frieden hoffend hinausgezogen war, jetzt noch im vierten Jahre treuester Pflichterfüllung im Felde im blühenden Alter von fast 23 Jhr., kurz vor Ernennung zum Offizier, er war unser Stolz.

Möge ihm die Erde leicht sein.

Pasing, München, Passau, Feldkirchen bei Ingolstadt, Im Felde,
den 30. Oktober 1918

In tiefstem Schmerz:
Johanna Deschl, Lehrerswitwe
mit ihren 6 Söhnen.

Gottesdienst: Freitag den 8. November früh halb 10 Uhr in der Pasinger Stadtpfarrkirche.
Von Beileidsbezeugungen bitten abzusehen.

1 MARK

Notgeld
der Bayr. Stadt Pasing

Der Eintösetermin wird
am 1. Dezember 1918
amtlich bekanntgegeben.

Stadtmagistrat Pasing
am 1. Dezember 1918

1 MARK

L Druck von Weindl-Pasing N^o 04478 Rechtsk. Bürgermeister

Im Sturm der Umwälzungen.

Man glaubt zu träumen. Kann das wirklich alles Wirklichkeit, alles vollendete Tatsache sein, was sich in diesen letzten Stunden abgespielt hat? Der Kaiser, die Könige von Bayern und Württemberg, der Großherzog von Hessen, der Herzog von Braunschweig abgesetzt, Bayern eine Republik, ganz Deutschland ergriffen von einer friedlichen Revolution? Ehrlich muß man gestehen, es ist — gottlob — nicht die Revolution geworden, die wir ordnungsliebenden Bürger alle befürchtet haben, nicht die Revolution des Bolschewismus mit Brudermord, Bürgerkrieg, Rauben, Sengen und Plündern. Es ist, man darf das wohl sagen, eine friedliche Umwälzung geworden, die sich sozusagen in aller Ruhe, Ordnung, Disziplin und Besonnenheit abgespielt und fast unblutig verlaufen ist. Nicht, daß wir, die wir zeitlebens Monarchisten und Legitimisten waren, uns nun mit fliegenden Fahnen auf den Boden der revolutionären Umwälzung stellen könnten, die in diesen Tagen das Deutsche Reich zutiefst in seinen Grundfesten erschütterte. Nein, aber gerne erkennen wir den im allgemeinen unblutigen und geordneten Charakter der Umwälzung an und gerne geben wir zu, daß sie bis zur Stunde nichts gezeigert hat, was wir als Bolschewismus zu fürchten allen Grund haben.

Oben: Würmtalbote 12.11.18. Die konservativ eingestellte Pasinger Presse berichtete zögerlich und distanziert von der Revolution. Offizielle Mitteilungen wurden natürlich publiziert. Unten: Pasinger Zeitung 13.11.18.

Aufforderung zur Waffenablieferung.

1. Die Zivilbevölkerung wird dringend und mit allem Nachdruck aufgefordert, alle militärischen Schusswaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände, die in den letzten Tagen widerrechtlich in ihre Hände gelangt sind oder von den Kindern sich angeeignet wurden, unverzüglich abzuliefern. Ablieferungsorte sind die Bahnhofswehr Pasing (Bahnhofgebäude) oder Zimmer Nr. 22/II. Stod des Stadtmagistrats Pasing. Wer entgegen dieser Anordnung, Waffen, Munition etc. zurückbehält, hat unnachlässig strengste Bestrafung zu gewärtigen.

2. Um die Befürchtung der hiesigen Einwohnerschaft zu zerstreuen und ev. Mißständen zu begegnen wird bekanntgegeben, daß militärische Requisitionen nach Quartier, Verpflegung, Waren etc. nur statthaft sind und befolgt zu werden brauchen, wenn die erforderlichen Requisitionscheine oder Ausweispapiere die Unterschrift des Soldatenrates Pasing tragen und vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter gegengezeichnet und gestempelt sind.

3. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit wird von der Stadt eine ständige Schutzwache eingerichtet. Meldungen wollen sofort beim Magistrat 3. Nr. 10 eingebracht werden. Vergütung wird geleistet.



Pasinger Zeitung



Zeitung

Würmtal-Zeitung
Amtsblatt der Stadt Pasing
 und des Gemeindefreiwirtschaftsvereins
Obermenzing u. Gräfelfing

Angeklebt für den Amtsgerichtsbezirk München und die Gemeinden des Würmtales.
 Offizielles Publikationsorgan des Würmtal-Vereins (E. V.) Sitz: Pasing.
 Herausgeber: Friedrich Wackerle, München, Wackerlestr. 10. Vertrieb: nur durch Postämter, wenn Preis für die Verteilung beigefügt ist.

Nr. 260 Der Subskribentenpreis beträgt jährlich 12 Mark. Pasing, Sonntag, 9. November 1918. Preis pro Stück 40 Pf.

Aufruf an die Einwohnerschaft Pasing!

Die neugegründete Lage war uns Veranlassung die

Verwaltung der Stadt Pasing

durch Beiziehung von Vertretern aus allen Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeiterschaft zu erweitern.

Die Unterzeichneten richten daher an alle Einwohner Pasing die

dringende Aufforderung

Ruhe, Ordnung und Besonnenheit

zu wahren und der erweiterten Verwaltung vollstes Vertrauen entgegenzubringen.

Ihre Zufammensetzung bietet alle Gewähr dafür, daß die Interessen der gesamten Bevölkerung geschützt werden, insbesondere in Bezug auf

Die Sicherheit der Person, des Eigentums und der Lebensmittelversorgung.

Eine möglichst sofortige Verteilung von Kartoffeln ist in die Wege geleitet.

Wir erwarten zuverlässig, daß die gesamte Bevölkerung uns hierin unterstützt durch verständnisvolle Befolgung aller Anordnungen der erweiterten Stadtverwaltung.

Nur durch absolute Besonnenheit und Ruhe kann das erreicht werden. Darum

Arbeiter, Arbeiterinnen und Bürger geht ruhig Eurer Beschäftigung nach!

Jede Unordnung und Unsiherheit bringt uns die

Hungersnot.

Die erweiterte Stadtverwaltung:

Dr. Wunder, Bürgermeister.
 Die Magistratsräte: Braun, Holz, Klein, Reindl, Neuburger, Himmelfall, Himmelfall, Saunweber, Strohmeyer, Höf, Vorstand des Gemeindekollegiums.
 Hoffmann, Gemeindebesolmächtigter. Knö, Gemeindebesolmächtigter.
 Frau Dr. Donop, Thälmaier, Malermeister. Kaffner, Schloffer. Saturner, Rechtsanwält. Klinger, Bahnwärter.
 Müß, Schreiner. Sailer, Schreiner. Frau Schmid, Fabrikarbeiterin. Frau Senninger, Schneiderin.
 Jachert, Schreiner. Zielbauer, Podler.

Oben: Pasinger Zeitung 9.11.18, die "erweiterte Stadtverwaltung" mahnt zur Ruhe. Bild links: Saalbau Graml. Quelle: Pasinger Archiv e.V.

Die Revolution beginnt in Pasing mit einer vorsichtigen Öffnung der städtischen Verwaltungsgremien (Magistrat und Gemeindekollegium) für bisher benachteiligte gesellschaftliche Gruppen, vor allem der Arbeiterschaft. Die Frauen profitieren von dieser Entwicklung ebenfalls [siehe Aufruf auf Tafel 3]. Um möglichen Ausschreitungen vorzubeugen, richtet der Magistrat Mitte November eine städtische **Sicherheitswache** ein, bestehend aus 24 bewaffneten Pasinger Bürgern. Sie hat ihren Sitz im Saalbau Graml [links] in der heutigen Gleichmannstraße.

Die Parteien bringen sich für die Wahlen in Stellung

Wahlen zum Bayerischen Landtag und zur verfassungsgebenden Nationalversammlung



Würmtalboten 26.11.18, Anzeige

Bayer. Volkspartei

(Ortsverein Pasing und Umgebung).

Alle mindestens 18jährigen männlichen und weiblichen Personen, die eine Staatsordnung, begründet auf Ordnung, Recht und Gefügung wünschen, sollen sofort der Bayerischen Volkspartei beitreten.

Jahresbeitrag nur 2 Mark.

Anmeldungen (Postkarte genügt) nehmen entgegen
Klein, Forstmeister a. D., Pasing, Poststr. 18 (Telefon 427)
Rädlinger, Bahnverwalter, Pasing, Peter Vischerstr. 6

Einzeichnungsliste liegen auf bei
Limbacher, Schreibwarenhandl., Pasing, Münchnerstr. 4, (Tel. 149)
Difchner, Buchdruckerei, Pasing, Bahnhofstr. 3 (Telefon 48)
Angermeler, appr. Bader, Pasing, Planeggerstr. 27.

Würmtalbote 6.12.18, Anzeige

Liberaler Verein Pasing (Deutsche Volkspartei).

Oeffentliche Versammlung

heute Montag, 25. November, abends 8 Uhr
im Weißen Saal des Hotels zur Eisenbahn.

Zusammenhang:

1. Magistratsrat **Anton Meindl** über:
Die Gründung d. Deutschen Volkspartei in Bayern

2. Redakteur **Dr. Kurt Schmidt** über:
Die Frauen und die kommenden Wahlen.

3. Freie Aussprache.

Der Ausschuss,
Dr. Kurt Schmidt, Vorsitzender.

Pasinger Zeitung 26.11.18, Anzeige zur Gründung des Ortsvereins

Apotheker, Architekten, Aerzte, Bankbeamte, Beamte aller Art, Bibliothekare, Bildhauer, Buchbinder, Chemiker, Direktoren, Erzieher, Historiker, Ingenieure, Journalisten, Künstler und Kunstgewerbetler aller Art, Lehrer aller Art, Musiker, Offiziere, Privatleute, Professoren, Rechtsanwälte, Redakteure, Richter, Schauspieler, Schriftsteller, Studenten, Verleger und alle Männer und Frauen, die in einer nicht werksmäßigen Beschäftigung sich durch Kopfarbeit sachverständiges Wissen erworben haben (so die meisten im Handelsregister eingetragen Kaufleute, Politiker, Betriebsbeamte) sind

geistige Arbeiter.

Sie alle sollen am Samstag, den 30. November 1918 abends 8 1/2 Uhr in Pasing Hotel Eisenbahn zu einer **Versammlung** erscheinen.

Der Rat geistiger Arbeiter
Luyo Brentano. - Franz Carl Endres. - Kurt Waldmann.

Pasinger Zeitung 1.12.18, Anzeige zur Gründungsversammlung eines Rates geistiger Arbeiter. Damit versuchen die Akademiker, ihren Einfluss in der Rätebewegung, zu sichern.

Die Nachkriegssituation hat die politische Landschaft Bayerns in Bewegung gebracht und die Gründung neuer Parteien bewirkt. Für die Wahlen zum bayerischen Landtag und zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 drängen neue und alte Organisationen an die Öffentlichkeit

Gründung der Ortsgruppe der Bayerischen Volkspartei für Pasing und Umgebung.

Christliche Männer und Frauen, Mitglieder der christlichen Vereine und Korporationen ersuchen alle in der

öffentlichen Versammlung

am Freitag, den 22. November 1918, abends 7 1/2 Uhr
im Saale des Gasthofes zur Post in Pasing

am über Gese und Geseer Familien köstliches Schicksal mit zu verhoffen!

Tagesordnung:

- Bericht des Vorstandsvorsitzenden Schwaner, Mitglied des Arbeiters, Soldaten- und Bauernrates, über die Neuartung in Bayern und außer künftigen Aufgaben.
- Bericht der Vorstandsvorsitzenden Hl. Ober über die Frau im neuen Volkstaat.
- Gründung einer Ortsgruppe der Bayer. Volkspartei für Pasing und Umgebung.
- Mögli alle Nachfolgebewerber für diese Ortsgruppe.

Klein, Forstmeister a. D. und Gasthofbesitzer.
Weinberger, Oekonomierat. Käßberger, Oekonomierat.
Bauer, Kammerherrnwärter. Boman, Betriebsratschef. Bremer, Rektor. Dietrich, Gebirgsarbeiter. Dr. Grünberger, Gemeindeführer. Hölzl, Oberlehrer. Hummel, Kommerzienrat. Jochimschke, Kolner. Schlichter, Dr. Kaufmann. Schindler, der Landratskammer. Seuss, Seiler von kath. Arbeiterverein. Simbacher, Buchbindermeister. Müller, Kaufmann. Wenzinger, Buchhändler. Bock, Schreiner. Oel, Gehrt. Oberbauer, Hauswartmeister. Reichmann, Uhrmachermeister. Schärer, Schriftföhrer. Sonnenhofer, Bauschöfer. Stabler, Statthalter. Stockmaier, Oekonom. Dr. Wöringer, Stadtverordneter. Wolf, Betriebsratschef.
Hl. Oekonomierat, Vorsteher des Maria-Stella-Vereins. Hl. Pöhl, Buchhändler des kath. Mädchen-Jugend-Vereins.
Hl. Reichardt, Vorsteherin des Dorothea-Vereins. Frau Dr. Müller, Vorsteherin des kath. Frauenbundes.
Frau Schwaninger, Vorsteherin des kath. Arbeiterinnen-Vereins.

Anzeige zur Gründung der Ortsgruppe in der Pasinger Zeitung 23.11.18
Bild unten: Postkarte von 1910. Pasinger Archiv e.V.

An die Frauen Pasings!

Die neue Zeit bringt den Frauen neue Rechte und neue Pflichten. In wenigen Wochen werden die Frauen zum erstenmal an die Wahlurne gerufen, um mitzubestimmen über die Zusammensetzung der künftigen Volksvertretungen

der deutschen und der bayerischen National-Versammlung.

Es werden Verhältnismäßen sein, bei denen es noch viel mehr als bei dem früheren Wahlssystem auf jede einzelne Stimme ankommt.

Darum ist es notwendig, daß jede Frau sich Klarheit verschafft über die politische Lage, über die Aufgaben der National-Versammlungen und über die politischen Parteien, die sich um die Mandate bewerben.

Um Klärung zu verbreiten, veranstaltet der Liberaler Verein Pasing (Deutsche Volkspartei) eine

öffentliche Versammlung

heute Montag den 25. November abends halb 8 Uhr im Weißen Saal des Hotels z. Eisenbahn, in welcher sprechen werden Herr Magistratsrat Anton Meindl über:

Die Gründung der deutschen Volkspartei in Bayern

und Herr Redakteur Dr. Kurt Schmidt über:

Die Frauen und die kommenden Wahlen.

Freie Aussprache.

Liberaler Verein Pasing (Deutsche Volkspartei).

Anzeige zur Gründungsversammlung im Würmtalboten 26.11.18.
Bild unten: Hotel zur Eisenbahn, Postkarte von 1908, Pasinger Archiv e.V.



Bekanntmachung.

Ueber Pasing ist das
Standrecht

verhängt!
Nach 8 Uhr abends darf keine
Zivilperson auf der Straße sein (aus-
genommen im Dienst hilfsbedürftiger
Menschen). Die öffentlichen Lokale
haben um 8 Uhr zu schließen. Tanz-
unterhaltungen sind bis auf weiteres
verboten.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!
Revolutionärer Arbeiter- u. Soldaten-Rat.

Meidet den Alkohol!

Wirtschaften in denen Ausschreitungen
vorkommen werden geschlossen.

R. A. und S.-R.
prov. Ausschuß.

An die Leser!

Im Hinblick auf den schweren Abbruch
den die Revolution durch eine bewusst
irreführende Presse erleidet, hat der Re-
volutionäre Arbeiter- und Soldaten-Rat in
Pasing die Lokalpresse besetzt und be-
stimmt bis auf weiteres Inhalt, Umfang
und Erscheinungsweise. Diese vorüber-
gehende Aufhebung der Pressfreiheit (die
manchem Blatte nur Schimpf- und Lügen-
freiheit bedeutete) erfolgt als dringend
notwendige Massnahme zur Sicherung der
Revolution.

Heute erscheint nur die Pasinger Zeitung.

J. A.: Bachmair.

Erklärung.

Gestern war in hiesiger Stadt das Gerücht
verbreitet von einem Putschversuch, an dem
Mitglieder der hiesigen U. S. P. beteiligt sein
sollten. Wir erklären, dass die hiesige Partei-
leitung eiligst Schritte unternommen hat, die
Angelegenheit zu prüfen. Falls sich eine Be-
teiligung wirklich herausstellen sollte wird der
Ausschluss der betr. Mitglieder sofort bewerk-
stelligt.

Zur Beruhigung der Bevölkerung sei noch-
mal betont, dass die Rep. Sch.-W. und der Kas.-
Rat d. hies. R. J. R. I voll u. ganz für Aufrecht-
erhaltung der Ordnung und Sicherheit bürgen.

Unabh. Soz. Partei Pasing

i. A. Kugler, Lorenz jr., Bachmair.

Links oben und Mitte: Pasinger Zeitung 22.2.19, drei Bekannt-
machungen des Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates.

Links unten: Pasinger Zeitung 26.2.19.

Rechts: Pasinger Zeitung 23.2.19, die ersten Maßnahmen zur
Übernahme der Macht und zur Sicherung der sozialistischen
Errungenschaften nach der Ermordung Kurt Eisners.

Unten: Pasinger Zeitung 6.3.19, Beispiel für die regelmäßig
publizierten Nachrichten des Revolutionären Arbeiterrates.

Pasing: Trotz der scharfen Proklamation ver-
läuft die Zusammenarbeit mit der Verwaltung
zwar nicht spannungslos, aber reibungslos.
Wichtig ist die Beseitigung der Not.

Die zweite Revolution

Noch in der Nacht nach der Ermordung Eisners wird in
Pasing von MSPD und USPD anstelle des Arbeiterrates
ein Revolutionärer Arbeiter- und Soldatenrat (RAR)
gebildet.

Pasinger Zeitung

Nr. 45

Pasing, Sonntag, 23. Februar 1919.

27. Jahrgang.

Die Pasinger Zeitung kostet monatlich
1 Reichsmark 20 Pf., vierteljährlich 3 Reichsmark
10 Pf., halbjährlich 6 Reichsmark 10 Pf.,
jährlich 12 Reichsmark 10 Pf. — Einzelhefte:
1 Reichsmark 20 Pf., 2 Reichsmark 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die einzelnen
Zeilen einer Seite kosten 20 Pf.
Verlagsamt: Nr. 1002 München.

An die Einwohnerschaft Pasing's!

In der Nacht vom 21. zum 22. Februar haben die beiden sozialistischen Parteien Pasing's einen provisorischen

Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat

gebildet, der die Verwaltung der Stadt übernommen hat. Der bisherige Bürgermeister Dr. Wunder bleibt vorläufig im
Amte und handelt lediglich nach den Weisungen des Revolutionären Arbeiter- und Soldaten-Rates. Das Kollegium der
Gemeindeglieder ist aufgelöst. Der Magistrat und die städtischen Betriebe stehen unter Kontrolle des Revolutionä-
ren Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Beide sozialistische Parteien rufen das werktätige Volk auf zu einem

dreitägigen Generalstreik!

Arbeiter in den für Volksernährung und Volkshygiene wichtigen Betrieben werden von
diesem Aufruf nicht betroffen.

Sämtliche Verkehrsmitel (Pferde- und Kraftfahrzeuge) stehen vorläufig unter der Kontrolle des Revolutionären
Arbeiter- und Soldaten-Rates und sind in erster Linie dafür vorgesehen den Kerkern und Seelkernern zur Wahrung
ihrer Berufspflicht zur Verfügung zu stellen.

Wir ermahnen die gesamte Einwohnerschaft sich ruhig zu verhalten.
Leben und Eigentum des Einzelnen bleibt unangetastet. Wer raubt, plündert
oder stiehlt, wird standrechtlich erschossen.

Die werktätige Bevölkerung Pasing's fordern wir auf, sich

heute Nachmittag $\frac{1}{2}$ 3 Uhr

im Post-Saale einzufinden, wo über die gegenwärtige Lage Aufklärung
gegeben wird.

Der prov. Ausschuß:

Thalmeier, Kugler, Bachmair, Keenig jr., Binderbauer, S.-R. Stiefel, Baumhauer, Adliger,
Boier, Lindner.

Die Republikanische Schutztruppe Pasing und des hier liegende R. J. R. I. haben sich mit dem R. A. u. S.-R. solidarisch
erklärt und werden mit allen Mitteln für die Errungenschaften der Revolution eintreten.
Herr. A. Müller, Demmer, Pfeiffer.

Heraus aus den Betrieben!

Generalstreik vom 22. bis mit 24. Februar.

München: Trotz der radikalen Töne ist in dieser Phase der
Revolution die Frage "Partei-Demokratie oder kommuni-
stische Räterepublik" nicht entschieden. Die Delegier-
ten des Rätekongresses stimmen für eine sofortige
Einberufung des Landtags. Dieser wählt nach wochen-
langen Verhandlungen am 17. März 1919 einstimmig
Johannes Hoffmann (SPD) zum Ministerpräsidenten.

Nachrichten des revolutionären Arbeiterrates Pasing.

Revolutionärer Arbeiterrat: Heute, Mittwoch,
abends 8 Uhr öffentliche Sitzung.

Trotz des Tanzverbotes, welches gem. Ver-
fügung des Zentralvollzugsrats in München vom
R. A. und S.-R. Pasing für Pasing und Um-
gebung erlassen und wiederholt in Erinnerung ge-
bracht wurde, haben die nachgenannten Gastwirt-
schaften, entgegen dieser Vorschrift in ihren Loka-
litäten am Sonntag, 2. März öffentliche Tanzver-
anstaltungen zugelassen: Restaurant Ladel, „Walb-

heim“ Lohham, Huber, „5. Hauptwerkstätte“,
Neuaußing, Morhard-Lohham, Wildgruber, Post,
Gräfelfing.

Gegen genannte Gastwirtschaften ist Strafan-
zeige beim R. A. u. S.-Rat Pasing beantragt.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß
Tanzveranstaltungen jeder Art (öffentlich und ge-
schlossen), auch in Privatwohnungen verboten sind.

Waffenablieferung. Der Revolutionäre Ar-
beiter-Rat gibt in Ergänzung der gestern erfolgten

Aufforderung bekannt: 1. Der Ablieferung unter-
stehen nicht: Scheibengewehre, Zimmerstutzen,
Flobergewehre bis zu 6 Millimeter, alte Detona-
tionswaffen, zu denen keine Munition mehr vor-
handen ist und auch nicht mehr geliefert wird, so-
wie alle Hieb- und Stichwaffen. 2. Den Inhab-
ern von Jagdarten bleiben zur Aufrechterhal-
tung des Jagdschusses in Händen: 1 Schrotge-
wehr, 1 Kugelgewehr, 1 Revolver oder 1 Pistole
3. Arzte erhalten auf Antrag Erlaubnis zum Tra-
gen einer Pistole.

Rechts: Pasinger Zeitung 7.4.19, Proklamation des neuen Zentralrats.
Links: Pasinger Zeitung 7.4.19, Beschlüsse des Zentralrats in München. Darunter die Maßnahmen des RAR in Pasing.

Die Revolution radikalisiert sich

Die Ausrufung der Räterepublik Baiern am 7. April 1919 gilt als 3. Phase der Revolution

In der Nacht vom 6. auf den 7. April proklamiert die USPD die Räterepublik und verlässt die Regierung Hoffmann. Diese flieht nach Bamberg, der Landtag wird für aufgelöst erklärt. Die Macht hat jetzt der Revolutionäre Zentralrat inne unter dem Vorsitz von Ernst Toller (USPD).

Diese Räterepublik versteht sich als sozialistisch-kommunistisch. Aber die Kommunisten verweigern die Mitarbeit.

In **Pasing** setzt der Revolutionäre Arbeiterrat (RAR) die gewählte Bürgerversammlung (Magistrat und Gemeindekollegium) ab. Die städtischen Beamten und Bediensteten müssen eine Solidaritätserklärung abgeben [siehe „Aufruf“ links unten]. Diese Maßnahme wird bereits eine Woche später zurückgenommen.

An das Pasinger Proletariat!

Zu der Nacht vom 6. auf 7. April wurde die sozialistisch kommunistische Räterepublik auf folgenden Richtlinien aufgebaut:

1. Diktatur des Klassenbewussten Proletariats.
2. Aufbau der Arbeiterräte durch Wahl in den Betrieben.
3. Vergesellschaftung der Betriebe und des Großgrundbesitzes.
4. Umgestaltung der bürokratischen Staats- und Gemeindefunktionen im Sinne der Verwaltung der Arbeiterräte.
5. Einführung der Arbeitspflicht auch für die Bourgeoisie.
6. Völlige Umgestaltung des Gerichtswesens auf revolutionärer Grundlage.
7. Umgestaltung des Wohn- und Siedelungswesens auf revolutionärer Grundlage.
8. Trennung von Staat und Kirche.
9. Sofortige Revolutionierung der Schulen und Universitäten.
10. Sozialisierung der Presse.
11. Bildung einer Roten Armee zum Schutze der Räterepublik.
12. Bündnis mit den Räterepubliken Rußland und Ungarn.

Für die Richtigkeit:

Amann — Kugler

Aufruf!

Die Räterepublik ist für ganz Bayern proklamiert! Die Diktatur des Proletariats hat eingeleitet.

Der jetzt noch bestehende Revolutionäre Arbeiterrat bestimmt demnach:

1. Magistrats- und Gemeindekollegium sind abgesetzt.
2. Presse, Telegraph, Telephon sind besetzt.
3. Die Beamten und Bediensteten des Magistrats und der städtischen Betriebe haben innerhalb 24 Stunden im Sitzungssaal des Rathauses unterschriftlich zu erklären, daß sie sich voll u. ganz auf den Boden der sozialistisch-kommunistischen Räterepublik stellen. Diejenigen Beamten, die diese Erklärung binnen 24 Stunden nicht abgeben, werden entlassen.
4. Der heutige Tag ist als Nationalfeiertag zu betrachten, es ruhen sämtliche Betriebe außer den für Lebensmittelversorgung und Volkshygiene in Betracht kommenden.
5. Gegenbewegungen werden als reaktionäre Putsch betrachtet und mit den schärfsten Strafen geahndet.

Die noch heute stattfindende Volks-Versammlung wird durch Flugblätter bekanntgegeben.

Pasing, den 7. April 1919.

Für den Rev. Arbeiterrat Pasing
gez. Amann, Kugler



An das Volk in Bayern!

Die Entscheidung ist gefallen, **Bayern ist Räterepublik**. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die Revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Bayerns, darunter auch all unsere Brüder, die Soldaten sind, durch ihre Parteiengelenke mehr getrennt, sind einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. **Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft.**

Der Landtag, das aufreißbare Geschloß des überwundenen bürokratischen-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten, von den Räten des arbeitenden Volks bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehäfen werden hemmerte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtenstums, jenseit der untern und mittleren Beamten werden zur tothätigen Mitarbeit in neuen Bayern aufgefordert. **Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt.**

Die Presse wird sozialisiert.
Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik tödlichstlos ahnden.

Eine bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker: Sie nimmt sofort die federfähige Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnen sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert-Scheidemann-Roske-Eyherger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschick des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt.

Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen, allen Proletariaten, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die bayerische Räterepublik ihre Grüße.

Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiemit der 7. April zum **Nationalfeiertag** erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschiedes vom schmerzlichen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, wodurch gleichzeitig nähere Bestimmungen ergeben.

Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns.

Für die Richtigkeit:

Amann. Kugler.

Bürger von Pasing!

Der Rev. R. schützt Leben und Eigentum der Pasinger Einwohnerschaft, soweit diese nichts gegen die Räterepublik unternimmt.

Wir warnen vor den Quertreibern und verantwortlicher Elemente, die durch Anzettlung eines „Bürgerkriegs“ den Bürgerkrieg heraufbeschwören wollen. Das revolutionäre Proletariat, das sich die Räterepublik geschaffen hat, wird diese zu verteidigen wissen.

Jeder Inhaber oder verantwortliche Leiter eines für die Lebenserhaltung der Allgemeinheit wichtigen Betriebes, der diesen aus Demonstrationen gegen die Räterepublik schließt, wird rücksichtslos enteignet. Der Betrieb wird durch den Rev. R. weitergeführt und der Erlös zu Wohlfahrtszwecken verwendet.

Der Rev. Arbeiterrat Pasing.
J. A.: Salvermoser, Augler.

Die Republikanische Schutztruppe steht geschlossen hinter dem Rev. R. Pasing.
gez.: Müller, Karpfinger.

Die Revolution radikalisiert sich

Die Ausrufung der Räterepublik in Pasing

Nur wenige Stunden nach der Proklamation der Räterepublik Baiern in München am 7. April wird sie auf dem Pasinger Marienplatz ausgerufen.

„Heute Nachmittag 3:00 Uhr große Volksversammlung auf dem Marienplatz. Proklamation der Räterepublik! Proletarier erscheint in Massen! R.A. Kugler“

So stand unheilverkündend und neugiererregend auf einem roten Zettel. Die Sache müsste ich mir auch anschauen! Eine kleine Menge Arbeiter hatte sich eingefunden. Herr Lichtinger - Seminarlehrer, Arbeiterrat - hielt eine Rede, in der er eine dritte Revolution für notwendig erachtete und dann das Für und Wider zur Räterepublik brachte. Dann schwang sich der Affenkandidat Bachmeier auf den Tisch und begann mit einer wahren Schimpansenstimme

„Die Augen auf, die Herzen auf!“

Zum Schluss wurde abgestimmt. Natürlich war alles für die Räterepublik. Ich hätte gerne dagegen gestimmt, wollte aber nicht riskieren, durchgehauen zu werden. Das dreimalige Hoch auf die Räterepublik, Internationale, Weltrevolution usw., von Gorilla Bachmeier zu Ende der Versammlung ausgebracht, klang aber doch recht schwach.

Belagerungszustand.

Wie verweisen auf die Verordnung des 1. A. R. wonach für den ganzen Korpsbereich der verschärfte Belagerungszustand verhängt wurde.

Seit 8. April ist Pasing als unter dem verschärften Belagerungszustand befindlich zu betrachten. Die Polizeistunde wird hienit für die Wochentage auf 10 Uhr, für Samstag und Sonntag und Feiertage auf 11 Uhr festgesetzt. Für die Stille Durchführung dieser Verordnung wird die Rep. Schutztruppe, die Gendarmeriebehörde, sowie Schutzmannschaft voll und ganz eintreten.

Wer nach dieser festgesetzten Polizeistunde ohne Ausweis auf der Straße angetroffen wird, wird verhaftet.

Als Ausweise gelten Mitgliedsbücher der sozialistischen oder gewerkschaftlichen Organisationen.

Nur dem klassenbewussten Proletariat gehört die Straße!

Rev. Arbeiterrat Pasing Rep. Schutztruppe Pasing
gez.: Kugler. gez.: Müller.

Raf.-Nat: gez.: Karpfinger.

Links: 2 mal Würmtalbote 10.4.19.

Oben: Aus den Tagebuchaufzeichnungen eines 16-jährigen Pasinger Gymnasiasten, Quelle Pasinger Archiv e. V.

Unten: Ausrufung der Räterepublik auf dem Pasinger Marienplatz. Aufnahme des Fotografen Rudolf Kahl, auf dem Bild datiert 7.4.19. Quelle: Sammlung Möllmann.



Die Revolution radikalisiert sich

Anpassung und Widerstand in Pasing

Mit der Ausrufung der Räterepublik am 7. April wird in Pasing Magistrat und Gemeindegremium abgesetzt [Tafel 6]. Der Revolutionäre Arbeiterrat RAR hat damit die alleinige Regierungsgewalt in Pasing.

Am 12. April verlassen die Mitglieder der MSPD geschlossen den RAR und begründen dies u.a. mit Kuglers selbstherrlichem Führungsstil und der Tatsache, dass der RAR, namentlich die mehrheitssozialistischen Mitglieder, über entscheidende Maßnahmen Kuglers nur unzureichend informiert waren: "Die unterzeichneten Mitglieder des Rev.A.R. erkennen keine Diktatur an und legen unter diesen Umständen ihre Mandate nieder ohne damit zur Frage der Räterepublik Stellung zu nehmen."

Ein paar Tage später wird die Neuwahl zum Revolutionären Arbeiterrat auf den 27. April festgesetzt.

Links oben: Pasinger Zeitung 9.4.19, Dr. Wunder zur neuen politischen Lage.
Links unten: Würmtalbote 11.4.1919, Würdigung des abgesetzten Stadtrates.
Rechts unten: Pasinger Zeitung 24.4.1919, Neuwahl des RAR.

Erklärung

des Bürgermeisters Dr. Wunder

An den rev. Arbeiterrat

Pasing

Nach dem furchtbaren Kriege und dem Zusammenbruche unseres Volkes ruft die Neuordnung der Verhältnisse alle schaffenden Kräfte dringender denn je zu tätiger Mitarbeit auf. Ich stelle mich auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Es ist mir ein Gebot übernommener Pflichten, in guten wie in ernsten Tagen das ganze Können und Wollen mit voller Hingabe in den Dienst der Stadt und der Öffentlichkeit zu stellen.

Der Wahrung von Ruhe und Ordnung, der Sicherheit der Person und des Eigentums, einer geregelten Lebensmittelversorgung und einer ruhigen Entwicklung, schwere Erschütterungen ferne zu halten, gilt meine angelegentlichste Sorge. Mich hierbei zu unterstützen, wende ich mich an die gesamte Bevölkerung, an Sie, an Alle, denen das Wohl unseres Gemeinwesens am Herzen liegt.

Wäge Pasing und seine Einwohnerschaft aus drangvoller Zeit einer friedlichen, gedeihlichen Zukunft entgegengehen.

Pasing, 8. April 1919.

Dr. Wunder
rechtl. Bürgermeister.

Nachrichten des Rev. Arb.-Rates Pasing.

Betr.: Die Erklärung des Bürgerm. Dr. Wunder.

Offener Brief.

Herrn

Bürgermeister Dr. Wunder.

Aus den Kulturnöten hat die Revolution wie eine befreiende Tat gewirkt. Wohl steht der Rev. Arbeiterrat vor einer unendlich schweren Aufgabe; heute, wo Haß und Liebe, Gewalt und ausgleichende Gerechtigkeit durcheinander wogen, wo all das Verworfene, das eine unglückselige Politik der Kaiser und Könige auf unsere Heimat gebracht hat, schwer auf Land und Volk lastet, heute, wo ein niedergetretenes Volk jede abgerissene Gemeinschaft neu aufzurichten hat, und der Arbeiter berufen ist, werktätig mitzuwirken, um Ordnung in das Chaos der Trümmer des Weltreiches, der Kultur zu tragen, begrüßt der Rev. Arbeiterrat jede Mitarbeit auf das wärmste. Wir erkennen Ihre Pflichtauffassung an und sind überzeugt, daß Sie in treuer Zusammenarbeit mit dem Revolutionären Arbeiterrat nur das Beste für die Stadt erstreben.

Wir gedenken bei dieser Gelegenheit des abgetretenen Stadtrates. Wenn wir auch andere Wege wandeln, wenn die nach unserer Auffassung überwundene Universalpoesie der bürgerlichen Rathausregierung der kraftvollen Arbeitersachlichkeit und Objektivität weichen mußte, die Herren haben als Männer ihrer Anschauung nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und hierfür gebührt ihnen Dank.

Es lebe ein freies und starkes Volk!
Es lebe die Gleichheit und Brüderlichkeit!

Pasing, 10. April 1919.

Der Rev. Arbeiterrat: Kugler.

Nachrichten des revolution. Arbeiter-

rates Pasing.

Bekanntmachung.

Betreff: Neuwahl des Rev. Arbeiterrates.

Wer bis heute noch nicht gewerkschaftlich oder politisch organisiert ist hat dies im eigenen Interesse nachzuholen. Am Sonntag den 27. April 1919 findet im Rathaus durch Stimmzettelabgabe die Wahl des revolutionären Arbeiterrates statt. In demselben sollen alle Stände vertreten sein. Treten Sie der Partei bei, welche Ihre Interessen wahrst. Wahlberechtigt sind nur politisch oder gewerkschaftlich organisierte beiderlei Geschlechts, die das 18. Lebensjahr überschritten haben. Der alte Arbeiterrat ist somit aufgelöst. Vorsitzender Kugler führt bis zur Neuwahl die Geschäfte des Rev. A.R. weiter. Neuaufnahmen für die Mehrheitspartei können,

bei Braun, Zigarrenhandlung, Landsbergerstr.,
bei Konsum-Verein, Münchnerstraße,
bei Kaufhaus Neuburger.

Für die Unabhängige sozialdemokratische Partei, genannt „U. S. V.“

bei Lorenz, Kolonialwarenhandlg., Bahnhofstr.,
bei Restauration Feuerwache, gegenüber dem Rathaus,

bei Ludwig Wenninger, Hausmeister im Rathsh.

Für die Gewerkschaft: bei allen gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben angenommen werden; auch liegen dort Aufnahme-scheine auf.

Die 3 unterzeichneten Parteien verpflichten sich bis nach der Wahl keine öffentlichen Versammlungen abzuhalten.

Mehrheitspartei:
A m a n n.

Unabh. soz. Partei,
gen. U. S. V.
Kugler.

Gewerkschaftsführer:
S e s s e l b a c h.

Die Revolution radikalisiert sich

Die Ausrufung der kommunistischen Räterepublik am 14. April 1919 gilt als 4. Phase der Revolution.

In München übernehmen die Kommunisten die Macht. Die **Pasinger** Revolutionäre schließen sich an, obwohl hier die KPD nicht vertreten ist.

Stadtneuigkeiten.

Pasing, 14. April 1919.

Mugsburg mit uns! Alle Schwindeleien der Bamberger Bourgeoisietreue sind vergeblich gewesen, es fehlte nur an der Aufklärung. Den Bemühungen des Genossen Nietisch ist es gelungen, die Mugsburger Genossen zu überzeugen. Alle Machenschaften und Verrätereien haben nichts gefruchtet. Mugsburg ist mit uns!

Die Bewaffnung des Pasinger Proletariats!

Seit gestern abend ist in Pasing die Rote Garde mobilisiert worden. Schöne Erfolge konnte sie schon verzeichnen. Bewaffnete Weißgardisten wurden am hiesigen Bahnhof abgefangen. Um eine geregelte Dienstablösung zu bewerkstelligen, stelle ich an das Pasinger Proletariat die Bitte, sich zwecks Wacheinteilung bei dem Rev. Arbeiterrat — Rathaus Zimmer 36 — zu melden. Von dort aus geschieht auch die Ausgabe der Waffen und Munition.

Für den Rev. Arbeiterrat:

2. Vorsitzender: gez. Kugler.

Verstärkter Belagerungszustand. Von heute mittags 12 Uhr ab ist der verstärkte Belagerungszustand in Kraft getreten. Demnach haben alle Gastlokaleitäten von 9 Uhr ab zu schließen. Wer nach 10 Uhr abends auf der Straße angetroffen wird, wird verhaftet. Wer stiehlt, raubt oder plündert wird standrechtlich erschossen. gez.: Kugler.

Links: Würmtalbote 15.4.19, Bewaffnung des Pasinger Proletariats
Rechts oben: Würmtalbote 15.4.19, Aufruf zum Generalstreik
Rechts unten: Würmtalbote 15.4.19, Begründung des Generalstreiks

Am 13. April unternimmt die Regierung Hoffmann mit Teilen der regulären Münchner Truppen und der Republikanischen Schutztruppe einen Putschversuch gegen die junge Räteregierung. Das Unternehmen wird jedoch von der kommunistisch geführten „Roten Garde“ – ihr Kommandant ist Rudolf Egelhofer – in schweren Straßenkämpfen blutig niedergeschlagen.

Aufgrund dieses Sieges übernimmt am 14. April die radikale Linke die Macht in den Arbeiter- und Soldatenräten und proklamiert die Kommunistische Räterepublik.

Die gesetzgebende Gewalt übernimmt jetzt ein vierköpfiger Vollzugsrat unter Leitung von Max Levien und Eugen Leviné; unterstützt wird das Leitungsgremium von einem 15-köpfigen Aktionsausschuss. Die Forderungen nach der Diktatur des Proletariats gemäß russischem Vorbild sind damit erfüllt. Die markantesten neuen Maßnahmen sind Pressezensur, die Gründung der Roten Armee sowie ein mehrtägiger Generalstreik.

Arbeiter!

Die Stunde des Kampfes hat geschlagen! Der Verrat kommt von Bamberg. Mitglieder des Zentralrates sind verhaftet, sie sind nach Passau verschleppt. Verräter haben die Regierung der Kapitalisten, die Regierung Hoffmann proklamiert. Euch werden jetzt schon Eure Rechte genommen. Sie wollen alle Klassenbewußte Kämpfer niedermeheln. Tretet ein in den Generalstreik! Arbeiter, jetzt gibt es! Wenn Ihr jetzt nicht zu kämpfen wißt, dann ist die Revolution verloren. Es geht um Eure Zukunft! Ihr kämpft für die ganze deutsche Arbeiterklasse, für die Weltrevolution.

Nieder mit der Regierung Hoffmann, nieder mit den Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse!

Es lebe die Räterepublik!

Für den Rev. AR.:

2. Vorsitzender: Kugler.

• • •

An die bürgerliche Bevölkerung Pasing!

Der Rev. AR. schützt nach wie vor das Eigentum und Leben der Pasinger Bevölkerung. Wir erwarten als Gegenleistung, daß die Pasinger bürgerliche Bevölkerung in der Durchführung des verstärkten Belagerungszustandes uns keine Schwierigkeiten bereitet.

2. Vorsitzender: gez. Kugler.

• • •

Betreff: Republikanische Schutzwache.

Die Republikanische Schutzwache ist seit gestern abend aufgehoben und zur Roten Garde gehörend, angegliedert worden.

2. Vorsitzender: gez. Kugler.

Arbeiter, Parteigenossen!

Mehrheitssozialistische Sozialverräter, die mit Bamberg insgeheim Verbindung gesucht haben, wollen die Räteregierung stürzen. Sie haben mehrere Mitglieder des Zentralrates verhaftet und gebärden sich als die Herren Münchens. Arbeiter, gebt Eure Waffen nicht aus den Händen, schwere Kämpfe stehen bevor. Es geht um die Räterepublik. Tretet geschlossen in den Generalstreik! Streikt solange, bis Eure verhafteten Führer befreit und der Zentralrat wieder eingesetzt ist.

Die Leitung der U. S. P. Pasing.

1. Vorsitzender: Kugler.

Zur öffentlichen Aufklärung.

Der Rev. Arbeiterrat hat entsprechend den Anordnungen des Zentralrats am 7. April ds. Js. die Verwaltung der Stadt übernommen und Magistrat und Gemeindegremium für abgesetzt erklärt. Diese Maßnahme läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten, da eine zu erwartende notwendige Regelung über den gemeindlichen Verwaltungskörper inzwischen nicht getroffen wurde. Wir stehen nicht an, unserm Bedauern über die übereilte Absetzung Ausdruck zu verleihen und laden die Kollegien im Interesse der Aufrechterhaltung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens der Stadt ein, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Wir werden mit allen Kräften uns dafür einsetzen, daß bis zu einer gesetzlichen Regelung irgendwelche Eingriffe oder Störungen der Tätigkeit der beiden Kollegien von unserer Seite künftig keinesfalls mehr vorgenommen werden. Die am 17. Dezbr. 1918 herausgegebenen Richtlinien für die Arbeiterräte bleiben aufrecht erhalten.

Der Bürgermeister hat unter ausdrücklicher Wahrung seiner persönlichen Gesinnung und Überzeugung sowie seiner Stellung gegenüber den Kollegien in Pflichttreue und Würdigung der gegebenen Verhältnisse die Leitung der Geschäfte beibehalten. Seinem ausgleichenden Wirken ist zu einem wesentlichen Teile die ruhige Entwicklung der Lage in Pasing zu verdanken.

Der Geschäftsverkehr bei allen Stellen nimmt unverändert seinen Fortgang. Die von den Beamten und Angestellten eingeforderten Erklärungen gelten als nicht abgegeben. Wir haben das Vertrauen, daß alle Personen im Interesse der Allgemeinheit ihre Pflicht erfüllen werden.

Der Revol. Arbeiterrat:
gez. Kugler

Oben: Pasinger Zeitung 20.4.1919. [Vgl. Aufruf, Tafel 6 sowie Offener Brief, Tafel 8]. Unten: Pasinger Zeitung 1.5.1919

Nachrichten des revolution. Arbeiter- rates Pasing.

Bekanntmachung.

Die weiße Garde steht vor den Toren unserer Stadt. Die Bevölkerung kann mit Ruhe den Ereignissen entgegensetzen; die wilden Gerüchte von Gewaltmaßnahmen entbehren der Bestätigung. Um allen Eventualitäten vorzubeugen, wird bestimmt:

Bewaffnete Soldaten haben ohne Ausnahme das abgestempelte rote Band am linken Arm zu tragen.

Die Nichtbefolgung dieser Bestimmung kann unter Umständen zu den bedauerlichsten Mißverständnissen führen.

Die bewaffneten Arbeiter in Zivil haben sofort ihre Waffen abzulegen und auf der Wache einzuliefern.

Pasing, 30. April 1919.

Der Rev.-Arbeiter-Rat

Freund, Ortskom. K. Müller, Hesselbach.

Umdenken in Pasing

in **Pasing** wird die Revolution ohne Blutvergießen beendet

Am 20.4. nimmt Kugler als Vorsitzender des Rumpf-Arbeiterrates die Absetzung von Gemeindegremium und Magistrat vom 7.4. zurück, um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung wieder herzustellen. Die erzwungenen Loyaltätsklärungen der Beamten "gelten als nicht abgegeben". Bürgermeister Wunders flexible Reaktion auf die harschen Maßnahmen des RAR mag Kuglers Umdenken ebenso beeinflusst haben wie die Zuspitzung der militärischen Lage der Räterepublik. Bemerkenswerterweise ist die Bekanntmachung des RAR vom 30. 4. nicht mit Kuglers Namen unterzeichnet [links unten].

In den letzten Apriltagen ist täglich mit dem Vormarsch der regierungstreuen Truppen mit einer Stärke von nahezu 35.000 Mann zu rechnen. Der Marsch auf München steht unmittelbar bevor, und Pasing würde als eine der ersten Städte den Regierungstruppen in die Hände fallen.

Um ein Blutvergießen zu verhindern, entschließen sich Bürgermeister Wunder, die MSPD-Funktionäre Amann und Höss sowie der RAR-Vorsitzende Kugler nach Starnberg zu fahren, um mit dem Kommandeur der Regierungstruppen Bogendorfer Übergabeverhandlungen zu führen. Am 27. April trifft die Pasinger Delegation in Starnberg ein und unterbreitet das Angebot, Pasing ohne Widerstand zu übergeben.

Tatsächlich vollzieht sich der Einmarsch der Regierungstruppen ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Kuglers Vermittlertätigkeit wird als Verrat an der Sache der Räterepublik betrachtet und führt dazu, dass der Befehlshaber der Roten Armee, der Matrose Egelhofer, einen Haftbefehl gegen ihn ausstellt. Der mit der Festnahme beauftragte Führer der Pasinger Roten Garde Freund (USPD) führt diesen Befehl nicht aus und rettet damit Kuglers Leben. Festnahme und Auslieferung nach München wären zweifellos sein Todesurteil gewesen.

Die friedliche Übergabe von Pasing sollte kurz darauf Kugler zugute kommen, gegen den – er wurde am 6. Mai festgenommen – von der Münchner Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beihilfe zum Hochverrat erhoben wurde. Die Hauptverhandlung vom 26. Juni 1919 endete mit Kuglers Freispruch.

Quelle: A. Heusler, Revolution und Räterepublik, in: Spuren, München 1989

Ende der Revolution:

1. Mai: **Pasing** wird ohne Gegenwehr von den Weißen Truppen der Regierung Hoffmann eingenommen.

Wir registrieren nachstehend die Ereignisse des gestrigen Tages.

Am frühen Morgen zeigte Geplänkel im Lachamer Walde, daß die Regierungstruppen sich ziemlich dicht an Pasing herangeschoben hatten. Die rote Garde kam eiligst aus den Waldstücken heraus und floh in Richtung nach der Maria Eichstraße. Das Eintreffen dieser in den Straßen Pasing's und ihr weiterer Rückzug nach München klärte die Situation. Es erschien kurz darauf folgender Aufruf an den Plakataleien:

Dringende Bekanntmachung.

Die Bevölkerung Pasing's, ohne Ausnahme der Person, wird bei Vermeidung von unabsehbaren Folgen aufgefordert, heute noch bis längstens nachmittags 2 Uhr Schusswaffen aller Art mit Munition, Handgranaten usw. bei der Sicherheitswache (Bahnhofstraße) abzuliefern. Die Bevölkerung wird ersucht, sich beim Einzug der Regierungstruppen ruhig zu verhalten. Jeder Mann, der mit der Waffe oder mit der roten Armbinde angetroffen wird, wird standrechtlich erschossen.

Pasing, 1. Mai 1919.

Arbeiterrat:

Müller. Hesselbach.

Nicht lange währte es und es wurde lebendig in den Straßen: die Regierungstruppen rückten ein, die Bevölkerung Pasing's strömte aus den Häusern und es gab lebhafteste Begrüßungen ab für die Beschützer von Ordnung und Recht.

Die obige Bekanntmachung des Arbeiterrates wurde abgelöst durch folgende Bekanntmachung:

Über die Stadt Pasing wird von heute ab das Standrecht verhängt.

Alle Waffen sind bis spätestens heute 3 Uhr Nachm. im Rathaus abzuliefern.

Die Durchföhrung dieser Anordnung wird nachgeprüft. Zuwiderhandlungen werden strengstens bestraft.

Wer der Truppe mit der Waffe entgegen tritt, wird mit dem Tode bestraft.

Ansammlungen auf Straßen und Plätzen sind verboten.

Polizeistunde 9 Uhr abends.

Von 9.30 Uhr abends bis 5.00 Uhr vorm. ist allen Zivil-Personen der Verkehr auf der Straße verboten.

1. Mai 1919.

Das Gruppenkommando:

Wogendorfer, Oberstleutnant.

Ausschnitte aus der Pasinger Zeitung vom 3.5.19 unter "Lokales"

Bild unten: Einmarsch der Weißen Truppen in Pasing. Aufnahme aus dem Atelierfenster des Fotografen Rudolf Kahl, Quelle Sammlung Möllmann.

Fortwährend trofen weitere Truppenabteilungen ein.

Unsere Rev. Arbeiterrats-Wache hatte rechtzeitig der neuen Schutztruppe Platz gemacht — sie war im Eilmarsch gegen Mittag in Richtung München abgezogen.

Abends 9 Uhr lief ein Zug ein, der zahlreiche weitere Truppen brachte, welche mit Gefang die Bahnhofstraße passierten in Richtung nach München. Der Verkehr nach dort ist vollständig gesperrt. Die Regierungstruppen haben voriselt bereits Fuß gefaßt und sieht zu hoffen, daß auch München bald zur Ruhe kommen wird.

Das Postamt, der Bahnhof wurden von den Regierungstruppen besetzt. Im Bahnhof angetroffene, in dänischen Uniformen stehende Russen wurden zu Gefangenen gemacht und abgeführt und auch mancher Jöllist, der sich der veränderten Sachlage nicht so rasch anpassen wollte, wurde verhaftet und zur Vernehmung vorgelöhrt. Ein junger Burche, der gegen den Strom schwimmen wollte und den Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand entgegengetreten war, war schnell unschädlich gemacht und mußte als abschreckendes Beispiel mit hochgehobenen Händen in der Bahnhofstraße Spieghruten laufen.

Heute Mittag wurde in Pasing folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Standrecht!

Letzte Frist für Ablieferung sämtlicher — auch der Privaten — Schusswaffen, Munition und Handgranaten im Graml'schen Saalbau, Bahnhofstraße

heute Freitag, 2. Mai 1919 bis längstens nachmittags 6 Uhr.

Wer nach dieser Zeit noch im Besitze von Schusswaffen und Munition betroffen wird, wird standrechtlich abgeurteilt.

Pasing, 2. Mai 1919.

Der Stadtkommandant: Göh.

Für die Bevölkerung Münchens bestimmt ist folgende, auch in Pasing zur Verteilung gekommene Mitteilung:

Pasing ist von den Regierungstruppen heute Nachmittag ohne jedes Blutvergießen besetzt worden, auch sind keinerlei Sachschäden entstanden.

Es herrscht vollste Ruhe und Ordnung. Die Bevölkerung atmet auf von dem Alpdruck der letzten Wochen.

Um allen wilden Gerüchten entgegenzutreten, sei festgestellt, daß keinerlei Exekutionen stattgefunden haben.

Pasing, 1. Mai 1919.

Stadtmagistrat: Dr. Wunder.

Gemeindefollegium: Höh.

Der Führer der Reg.-Truppen: Wogendorfer
Im Rathaus Pasing waltet das Standgericht seines Amtes.





Oben: Einmarsch der Weißen Truppen in Pasing am 1. Mai 1919. Aufnahmen aus dem Atelierfenster des Fotografen Rudolf Kahl, Blick nach Westen in die heutige Bodenseestraße. Quelle: Sammlung Möllmann.

Unten: Blick in die heutige Gleichmannstraße Richtung Bahnhof. Soldaten der Regierungstruppen führen eine Gruppe von 54 unbewaffneten, uniformierten Personen ab. Dies sind vermutlich die russischen Kriegsgefangenen, auf die die Eroberer von Pasing am Bahnhof gestoßen sind [siehe Tafel 15].



Lokales.

Was seit Tagen erwartet und vielfeits erhofft wurde, ist am Donnerstag, 1. Mai zur Tatsache geworden:

Pasing ist im Besitz der Hoffmann'schen Regierungstruppen!

Die Ereignisse der letzten Tage überstürzten sich; es gibt auch manches Hässliche zu registrieren, so die Verhaftung Pasinger Einwohner als Geiseln durch die Rote Garde. An diesem Akt soll, wie wir vernehmen, aber die sog. Pasinger Rev. Arbeiter-Mals-Wache nicht mitbeteiligt gewesen sein. Tatsache ist, daß Herr Gg. Kugler nach seinen Äußerungen bemüht war, diese Verhaftungen zu verhindern, welcher Standpunkt ihn sicherlich von den Rotkollisten aus seiner eigenen Anhängerenschaft fast verübelt worden ist. Soll ja sogar einer seiner bisherigen Getreuen sich von München aus einen Verhaftungsbefehl für Kugler haben ausstellen lassen. Zur Durchführung dieses Liebesdienstes „aus Dankbarkeit“ ist es jedoch nicht gekommen, denn Kugler weilte gestern nachmittag noch unter uns, er, der von der Verwirklichung seiner Ideale wohl voll überzeugt war, aber dabei nicht die Menschen-Charaktere in das Bereich seiner Berechnungen rückte, mit denen er sein Ideal so rasch verwirklichen wollte. Es wachsen eben Sträucher nicht über Nacht zu Bäumen — während man aber andererseits in dieser Zeit aus gläubigen Herzen Spänen der menschlichen Gesellschaft ersehen sehen kann: Beweis die Vorkommnisse in München. Das Gute was Kugler für Pasing geleistet hat die Stadtverwaltung, wie wir hören, dadurch anerkannt, daß sie sich dafür bemühte, daß der am Spätnachmittag in Haft genommene Führer der Pasinger Revolutionären enthaftet wurde — das Böse aber, zu dem Herr Kugler indirekt beigetragen, gibt jetzt Anlaß zu herben Worten, ob sie alle berechtigt sind, mögen die entscheiden, welche mehr Einblick in die Sachlage haben. Noch ist unseres Erachtens nicht die Zeit ein endgültiges Urteil zu fällen, noch ist der Kampf nicht voll beendet, die Ruhe scheint uns selbst in Pasing nicht ganz echt zu sein und was in München noch zu geschehen hat, werden die kommenden Stunden ergeben. Hoffen wir, daß bald in ganz Bayern gesetzmäßige Zustände eintreten, Arbeitslust die Oberhand bekommt und Handel und Wandel wieder sich rühren, damit man von der berzeitigen bitterbösen Zeit bald sagen kann: sie war einmal.

Ende der Revolution:

Berichte vom Einmarsch der Weißen Truppen in Pasing

„Kurz vor ein Uhr plötzlich die Nachricht: Die Regierungstruppen sind da! Schnell Hut und Mantel her! Da muss ich auch dabei sein! Vorne vor dem Rathaus stand schon eine Abteilung Kavallerie. Endlich! Endlich!

Die Soldaten waren vortrefflich ausgerüstet und unterhielten sich mit den Leuten. Doch weiter! Am Marienplatz marschierte eben eine Kompanie Infanterie ein, mit Gesang durch die Bahnhofstraße zum Bahnhof, der sofort besetzt wurde. Jetzt folgte Trupp auf Trupp, Reiterei sprengte zum Bahnhof, dann wieder Infanterie und Kavallerie. Da ging ein Jubel durch die Menschenmassen, die da Kopf an Kopf gedrängt standen, als die Soldaten singend einzogen. „Hoch! Hoch!“ rief man und ein Tücherschwenken begann. Dann ratterten Kraftwagen durch die Bahnhofstraße und immer neue Truppen zogen ein. Ich war selbstverständlich mitten drin.

Am Bahnhofplatz hatte man eben Kugler verhaftet. Ein Herr hatte auf ihn gezeigt: „Den müsst Ihr packen!“ Man hatte ihn dann umringt, ein Offizier kam hinzu und der Kugler war verhaftet.“

Links oben: Pasinger Zeitung 3.5.19, Sinnieren über den Machtwechsel.

Rechts oben: Aus den Tagebuchaufzeichnungen eines 16-jährigen Gymnasiasten.

Quelle: Pasinger Archiv e.V.

Links unten: Ein gefangener Rotarmist wird abgeführt. Quelle Sammlung Möllmann,

Rechts unten: Plakat vom 1.5.1919, bemerkenswerterweise an die Münchner adressiert.



An die Bevölkerung Münchens

Pasing ist von den Regierungstruppen heute Nachmittag ohne jedes Blutvergießen besetzt worden, auch sind keinerlei Sachschäden entstanden.

Es herrscht vollste Ruhe und Ordnung. Die Bevölkerung atmet auf von dem Alpdruck der letzten Wochen.

Um allen wilden Gerüchten entgegenzutreten, sei festgestellt, daß keinerlei Exekutionen stattgefunden haben.

Pasing, 1. Mai 1919.

Stadtmagistrat: Dr. Wunder.

Gemeindefolium: G5h.

Der Führer der Reg.-Truppen: Bogenböcker.

Bekanntmachung.

Das Generalkommando des 1. bay. Armeekorps teilt mit:

Auf Grund des Erlasses 4 Ziffer 2 des Gesetzes über den Kriegszustand wird für den Bezirk des 1. b. A.-K. bis auf weiteres bestimmt:

1. Plakate und Flugblätter dürfen nur dann gedruckt und verbreitet werden, wenn sie von einer Zivilbehörde oder einer militärischen Dienststelle in Auftrag gegeben oder von der Ortspolizeibehörde genehmigt sind.

2. Versammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen sind nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörden gestattet. Versammlungen in geschlossenen Räumen sind 12 Stunden vor Erscheinen der öffentlichen Anzeige, bei anderer Ladungsart spätestens 12 Stunden vor Beginn der Ortspolizeibehörde anzu melden. Diese ist berechtigt zur Ueberwachung und zum Verbot. Nicht angemeldete Versammlungen sind ohne weiteres aufzulösen.

3. Ansammlungen und Zusammenrottungen auf der Straße sind verboten. Den Anweisungen der Sicherungsorgane zum Weitergehen ist sofort Folge zu leisten.

4. Vorstehende Vorschriften sind mit polizeilichem Zwange, nötigenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht, durchzuführen. Zuwiderhandelnde werden, wenn die Gesetze nicht schwerere Strafen androhen mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

B. G. d. Gen.-Kdo.:

(gez.!) Hörl, Major.

Die Stadtkommandantur:

gez.: Jenkisch, Oberleutn.

Der Regierungsvertreter:

gez.: Pfannenstiel.

Links oben:

Würmtalbote 27.5.1919: Plakate und Ansammlungen verboten!

Links unten:

Pasinger Zeitung 4.5.1919: Bürgerwehr für Ruhe und Ordnung.

Rechts oben: Foto der Gatterburg, Quelle Pasinger Archiv e. V.

Rechts Mitte:

Würmtalbote 4.5.1919: Todesstrafe für nicht abgelieferte Waffen

Rechts unten: Würmtalbote 4.6.1919: Wer will wieder Krieg?

Nach der Niederschlagung der Revolution



Studienrat Franz Schaehle, der erste bedeutende Chronist Pasings, schrieb über das Ende der Räteherrschaft unter anderem: „Für die Truppen der Hoffmannschen Regierung bildete das Pasinger Schloss [die sog. Gatterburg] bei den Kämpfen gegen München [gemeint ist die Räteregierung] für kurze Zeit das Hauptquartier. 53 Russen, die gegen die Regierungstruppen gekämpft hatten, wurden bei Gräfelting erschossen.“ [Tafel 15]

Die Stadtkommandantur Pasing stand unter dem Befehl des Hessisch-Thüringisch-Waldeck'schen Freikorps; sie verblieb am Ort bis Ende Mai 1919.

An die Einwohnerschaft Pasings!

Es wird eine

Bolkswehr

der Stadt Pasing gegründet.

Die Bildung der Bolkswehr erfolgt aus Männern ab vollendetem 20. Lebensjahre, die den Zweck der Bolkswehr — Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Pasing und Schutz der Person und des Eigentums — unter allen Umständen gewährlernen.

Die Aufnahme erfolgt durch einen hiezu eingesetzten Ausschuss. Der Dienst in der Bolkswehr ist freiwillig und ehrenamtlich. Der tatsächliche Verdienstentgang wird auf Antrag vergütet im Höchstbetrage bis zu 12 Mark.

Nähere Mitteilungen werden in kürzester Zeit veröffentlicht, Anmeldungen werden im Rathaus Zimmer Nr. 34 vormittags 8 bis 12 und nachm. 2 bis 6 Uhr entgegengenommen.

Pasing, 4. Mai 1919.

Der vorbereitende Ausschuss:

Hesselbach, Wolf, Dr. Wunder, Höß.

Die Stadtkommandantur.

Waffenablieferung.

Die Ablieferung der Schusswaffen zeigte gestern eine rege Beteiligung. Diejenigen, welche entgegen den wiederholten Anordnungen die Waffen — seien es private oder militärische Schusswaffen, Handgranaten u. Munition — nicht abgeliefert haben, verfallen schwerster Strafe. Es kann gar nicht ernstlich genug darauf hingewiesen werden, welche schwere Folgen diejenigen auf sich laden, welche dem Gebote auf reiflose Ablieferung der Schusswaffen nicht nachgekommen sind. Auf Grund des durch die Militärgewalt verfügbaren Ständrechts kann Todesstrafe, die sofort zu vollstrecken ist, ausgesprochen werden.

Die Oberste Heeresleitung hatte eine Rundfrage erlassen, um ein klares Bild darüber zu bekommen, wie sich die Bevölkerung zu einer etwaigen Wieder-Aufnahme des Krieges verhalte. Die Reichsregierung telegraphierte, daß sie diese Umfrage nicht billigen könne und ihre sofortige Einstellung wünsche. Die Oberste Heeresleitung hat darauf die Rundfrage zurückgezogen.



Das "Russengrab" an der Westmauer des Gräfelinger Friedhofs. Oben: der ursprüngliche Grabstein, gestaltet von Richard Riemerschmid mit einem Text des Schriftstellers Korfitz Holm: "Fern von der Heimat fanden hier ihr Grab 53 russische Kriegsgefangene, zum zweiten Mal gefangen genommen im Kampfe gegen die Regierungstruppen. Am 2. Mai 1919 standrechtlich erschossen in der grossen Sandgrube nahe bei diesem Friedhof. Wanderer, wer du auch seist, wünsche ihnen eine sanfte Ruhe! War nicht auch von ihnen jeder einer Mutter Sohn? – Diese Tafel errichtete zum Gedächtnis für kommende Geschlechter die Bäckerinnung München" Unten: das 1945 von der Gemeinde Gräfelting wieder errichtete Grabmal im heutigen Zustand. Quelle beider Bilder: Privat



Die Ermordung von 53 russischen Gefangenen am 2. Mai 1919

Die von Franz Schaehle erwähnte Erschießungsaktion – vermutlich die größte bei der Niederschlagung der Revolution – fand am 2. Mai 1919 statt [Siehe Tafel 14]. Vorausgegangen war Folgendes: Als die Regierungstruppen am 1. Mai von Westen her nach München einmarschierten, stießen sie bei der Besetzung des Pasinger Bahnhofs auf eine größere Gruppe unbewaffneter ehemaliger russischer Soldaten in bayerischen Uniformen. Diese waren gerade mit dem Zug von München angekommen und auf dem Weg zurück zu ihrer Unterkunft in Puchheim. Dort befand sich ein bereits Ende April aufgelöstes Lager mit ca. 2.000 russischen Kriegsgefangenen, etwa 120 von ihnen waren von den Roten Garden zur Verteidigung von Fürstenfeldbruck angeworben worden.

Die Russen wurden gefangen genommen, nach Lochham abgeführt und dort eingesperrt. [Auf dem unteren Foto von R. Kahl auf Tafel 12 ist vermutlich der Zug der uniformierten, unbewaffneten Gefangenen durch die heutige Gleichmannstraße festgehalten.] Noch in der Nacht trat ein Standgericht zusammen, das kurzerhand alle Männer zum Tode verurteilte. Am nächsten Tag wurden die Gefangenen in einer Sandgrube neben dem Gräfelinger Friedhof erschossen und in einem Massengrab auf dem benachbarten Gräberfeld verscharrt.

Bereits am 1. Mai des Folgejahres veranstalteten trotz eines Verbots etwa 600 bis 700 Pasinger Anhänger linker Parteien und Gewerkschaften – aus Solidarität mit den Opfern der Mordaktion – einen Gedenkmarsch zum sog. Russengrab. Die Tradition dieser Gedenkveranstaltung am wichtigsten Feiertag der Arbeiterbewegung fand im Jahr 1933 ihr jähes Ende.

Seit April 1921 erinnerte an der Westmauer des Gräfelinger Friedhofs eine – auf Initiative der Münchner Bäcker-Innung angebrachte – Gedenktafel an das Massaker.

Anlässlich der Beerdigung von Hitlers Leibchauffeur Julius Schreck im Mai 1936 auf dem Gräfelinger Friedhof zerstörten die Nazis die Grabstätte. Bereits kurz nach Kriegsende 1945 ließ die Gemeinde Gräfelting eine neue Gedenkstätte errichten.

Unten: Dubiose Berichterstattung im Würmtalboten, 4.5.1919

Beim Einmarsch der Regierungstruppen in Pasing wurde eine größere Anzahl Kriegsgefangener Russen eingebracht. Dieselben sind vom örtlichen Feldgerichte aus der Haft entlassen und nunmehr im Lager Puchheim; lediglich gegen zwei Russen schwebt noch die Untersuchung. Alle gegenteiligen Gerüchte sind un wahr. Exekutionen sind in Pasing nicht vorgekommen.

Josef Amann

Im Februar/März 1919 wird der „Revolutionäre Arbeiter- rat“ (RAR) als Nachfolger des bisherigen „Arbeiterrates“ gebildet, 1. Vorsitzender wird Josef Amann (MSPD). Der RAR ergreift Maßnahmen zur besseren Lebensmittelversorgung der Pasinger Bürger/innen und startet Initiativen zugunsten der Arbeiterschaft. Dadurch erreicht er eine große Akzeptanz in der Bevölkerung und kann zugleich seinen Einfluss auf Magistrat und Gemeindegremium verstärken.

Infolge des sich ändernden politischen Klimas gerät der RAR unter den Einfluss von Arbeitern und Mitgliedern, die einen radikaleren Kurs forderten. Dadurch verliert Amann stark an Einfluss. Am 8. April scheidet er aus Protest gegen die revolutionären Aktivitäten des 2. Vorsitzenden Kugler aus dem RAR aus; vier Tage später folgen sämtliche MSPD-Mitglieder. Amann tritt erst wieder am 27. April als MSPD-Vorsitzender bei den Bemühungen um einen friedlichen Einmarsch der Regierungstruppen in Erscheinung.

1927 wurde Amann NSDAP-Mitglied, 1929 Mitglied im Stadtrat. 1932 tritt der SA bei. Von 1931 bis 1934 ist er NSDAP-Kreisleiter und von 1933 bis 1938 amtiert er als 2. Bürgermeister in Pasing. In seiner Amtszeit kümmert er sich intensiv um die Entwicklung Pasings zur Gartenstadt und bekennt sich als entschiedener Gegner der Eingemeindung nach München.

Dr. Alois Wunder

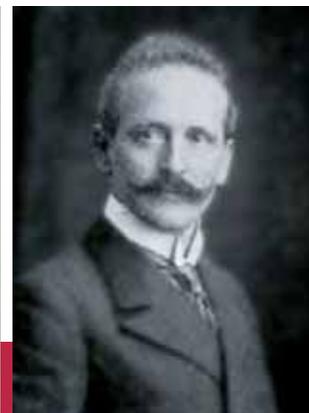
geb. 1878, gest. 1974, 1. Bürgermeister der Stadt Pasing. Wunder wurde 1914 zum ehrenamtlichen Bürgermeister der Stadt Pasing gewählt, 1919 hauptamtlicher Bürgermeister. Der erste Weltkrieg, Revolution, Räterepublik, Inflation und Nahrungssorgen bedrückten die Bevölkerung, aber gerade in dieser Zeit bewies Wunder Geschick und eisernen Willen. Die Stadt Pasing verlieh Wunder am 9. September 1932 für sein erfolgreiches Wirken als Rechtsrat und als Bürgermeister das Ehrenbürgerrecht.

Wunder hat sich von Beginn der Revolution an loyal zu den jeweiligen Machthabern erklärt. [Tafel 2 und 9]. Mit einer fast wortgleichen Formulierung stellte er sich auch 1934 den neuen Machthabern zur Verfügung.

Parteimitgliedschaft, Reden und Dokumente antisemitischen Inhalts belegen, dass Wunder den Nationalsozialisten nahe stand. Die Eingemeindung Pasings, die seine Laufbahn als Bürgermeister beendete, verhandelte Wunder 1937/38 mit dem Münchner Nazi-Bürgermeister Fiehler.

Links: Dr. Alois Wunder 1938, Quelle: privat.

Mitte: RAR-Ausweis für Dr. Alois Wunder, unterschrieben am 26.4.1919 von G. Kugler, Quelle: privat.



Personen der Revolutionszeit in Pasing

Josef Amann, Georg Kugler, Hans Nimmerfall, Dr. Alois Wunder

Georg Kugler

Als Vorsitzender der unbedeutenden Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) in Pasing spielte er anfangs kaum eine Rolle im politischen Geschehen. Das änderte sich, als die nach dem Tod von Ministerpräsident Eisner stattfindende politische Radikalisierung auch die Pasinger Arbeiterschaft und den „Revolutionären Arbeiterrat“ (RAR) erfasste. Am 6. März übernahm der zum 2. Vorsitzenden und Geschäftsführer gewählte Georg Kugler die Regie. Ende März kam es zur ersten Machtprobe des RAR mit dem Pasinger Magistrat.

Anlässlich der sog. Dritten Revolution am 7. April erfolgte in Pasing die Absetzung von Magistrat und Gemeinderat durch den RAR. Diese „Macht ergreifung“ musste jedoch nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen werden [siehe Tafel 6 und 10]. In dieser Zeit kam es im RAR zu internen Konflikten zwischen MSPD- und USPD-Anhängern [siehe Tafel 8].

Am Ende der Münchner Räterepublik geriet Kugler als Parlamentär zwischen die Fronten und musste um sein Leben fürchten. Einer Verurteilung wegen Beihilfe zum Hochverrat entging er nur knapp [siehe Tafel 10].

1929 starb Kugler mit nur 41 Jahren. Im Nachruf des Würmtalboten wurde er als der „Diktator von Pasing“ bezeichnet, in dessen Hand das Wohl und Wehe der Stadt lag.

Hans Nimmerfall

Er trat er schon in jungen Jahren der SPD bei und musste dadurch viele Jahre berufliche Diskriminierung ertragen. Auch in Pasing war er ein Sozialdemokrat der ersten Stunde. Von 1906 bis 1933 war er erst im Gemeinderat und dann im Magistrat engagiert aktiv. Besondere Verdienste erwarb er sich bei der Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues in Pasing. Von 1912 bis 1928 gehörte er mit vierjähriger Unterbrechung dem bayerischen Landtag an. In der Regierungszeit von Eisner war er Staatsrat im bayer. Staatsministerium für militärische Angelegenheiten, 1908 bis 1933 Parteisekretär der SPD für den Bezirk Südbayern.

Obwohl Nimmerfall über umfangreiche Erfahrungen in der Kommunal- und Landespolitik verfügte, verzichtete er auf eine Mitarbeit im Arbeiter- und Soldatenrat. Der Entwicklung zur kommunistischen Räterepublik stand er sicherlich ablehnend gegenüber. Trotzdem trat er während der Revolutionszeit in Pasing politisch kaum öffentlich in Erscheinung.

Am 30.6.1933 wurde Nimmerfall aus einer Stadtratssitzung heraus verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Zwar wurde er nach wenigen Monaten wieder entlassen, konnte sich jedoch von der qual-

vollen Haft nicht mehr erholen und starb im August 1934 im Alter von 42 Jahren.

Rechts: Hans Nimmerfall. Quelle: Haus der Bayerischen Geschichte.

Heinrich Franz Seraphikus Bachmair ist der Sohn von Joseph Bachmair, dem angesehenen Inhaber der Jakobs-Apotheke am Pasinger Marienplatz. Er zieht dem gemachten Nest ein literarisches Leben als Bohémien vor.

Bachmair studiert vor dem Ersten Weltkrieg Literaturwissenschaft und Philosophie in München. Er gründet 1911 den Heinrich F. S. Bachmair-Verlag und verlegt als erstes Schriften seines Jugendfreundes Johannes R. Becher. Im gleichen Jahr zieht er nach Berlin. Zusammen mit Becher gibt er zwei der ersten expressionistischen Zeitschriften heraus, „Die Neue Kunst“ und „Revolution“.

Bachmair verfasst auch selbst Gedichte und Erzählungen, die oft unter Pseudonym erscheinen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg kehrt er nach München zurück.

Oskar Maria Graf schreibt später über seinen Freund in "Gelächter von außen":

"Heinrich F. S. Bachmair besaß als Verleger in der hohen Literatur bereits einen geachteten Namen, denn er hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg Else Lanker-Schüler, Johannes R. Becher, Emmy Hennings, Carl Einstein und eine ganze Anzahl inzwischen berühmt gewordener Autoren als erster herausgebracht und in einer dicken, sehr vornehm aufgemachten Zeitschrift 'Die Neue Kunst' die radikalsten Neuerer veröffentlicht. Dabei war fast das ganze Vermögen seines Vaters, eines wohlhabigen Pasinger Apothekers, draufgegangen. Der Ausbruch des Weltkrieges machte allem ein Ende."

Revolution

Heinrich F. S. Bachmair 1889 - 1960

Verleger, Literat, Revolutionär aus Pasing



Im März 1919 eröffnet Bachmair die Verlagsbuchhandlung "Die Bücherkiste" in München. Gedichtbände, Grafik und Bibliophiles bilden nun den Schwerpunkt.

1922. heiratet Bachmair die Lyrikerin und Übersetzerin Marie Luise Weissmann (1899- 1929) und zieht mit ihr wieder nach Pasing ins Elternhaus. Während der Weimarer Republik arbeitet er als Buchhändler und Verleger.



Mitte: Portrait Bachmair, Quelle: Münchner Stadtbibliothek / Monacensia, P/a 1556

Anzeige für die Buchhandlung "Die Bücherkiste" in der Kurfürstenstr. 8 in München.

Anzeige für die Monatschrift für Literatur "Die Bücherkiste", Herausgeber Leo Scherpenbach, Verleger H. F. S. Bachmair in Pasing, wo Bachmair in der elterlichen Wohnung lebte.



Links: Titelschriftzug der Kulturzeitschrift "Revolution", Herausgeber H. F. S. Bachmair und J. R. Becher.

Unten links: H. F. S. Bachmair mit seiner Frau Marie Luise Weissmann. Urlaubsfoto, Quelle Pasinger Archiv e. V.
Rechts: Marienplatz mit Jakobsapotheke, ganz rechts im Bild. Foto um 1932. Quelle Pasinger Archiv e. V.



H. F. S. Bachmair als Revolutionär

1914 wird Bachmair SPD-Mitglied, nach Kriegsende tritt er zur USPD über und übernimmt deren Leitung in Pasing.

Seine große Stunde schlägt April 1919.

Aus dem Pasinger Polizeiprotokoll:

„B. äußerte bei mehreren Sitzungen, so auch am 4. April im Revolutionären Arbeiterrat im Saal des Gasthauses 'Zur Feuerwache', daß die dritte und wenn nötig auch noch eine vierte Revolution kommen muß, um die Räteregierung einzuführen.

(...) In der Sitzung am 4. April 1919, mittags zwölf Uhr, im Rathaussaal wurde die Ausrufung der Räterepublik verlangt und die Kommunistin Frau Vilseck von Gauting in die Sitzung zugelassen.

Am gleichen Tage nachmittags wurde nun durch B. die Räterepublik am hiesigen Marienplatz öffentlich ausgerufen. (...)

B. hatte während der zweiten Revolution die Zensur an den hiesigen Zeitungen (Würmtalbote u. Pasinger Zeitung) auszuüben, stellte diese Tätigkeit aber schon vor der dritten Revolution ein. (...)

Terroristischer Mittel gegen den andersgesinnten Teil der Bevölkerung hat sich derselbe nicht bedient."

Text zitiert nach Franz Adam: Revolution in Pasing. Ein Portrait des Literaten, Buchhändlers und Verlegers Heinrich F.S. Bachmair.

Hinweis: Die Ausrufung der Räterepublik in Pasing war am 7.4.1919, auch wenn die zitierten Polizeiakten ein anderes Datum nennen. In der Ausstellung wird Bachmair auf Tafel 5 als Redakteur genannt und auf Tafel 7 als Aktivist bei der Ausrufung der Räterepublik auf dem Pasinger Marienplatz.

Die Zitate von O. M. Graf stammen aus "Gelächter von außen" Aus meinem Leben 1918-1933. München 1983, S. 106 ff.

Bild rechts: Bachmair in der Festungshaft in Lichtenau, 1919. Quelle: Der Verleger Heinrich F.S. Bachmair. Ausstellungskatalog, Akademie der Künste Berlin 1989, Ausstellung und Katalog: Hansjörg Viesel. Laut Katalog ist das Foto auf der Rückseite mit einer Widmung an Maria Luise Weissmann beschriftet: "Erinnerung an jene 'Ehrenhaft' Deines H. [Heinrich] Lichtenau im Dezember 1919." Fotograf ist Dietrich Liebscher, Berlin/DDR. Der Name des Mitgefangenen ist nicht angegeben.

Heinrich F. S. Bachmair 1889 - 1960

Verleger, Literat, Revolutionär aus Pasing



Nach dem Zusammenbruch der Räteregierung flieht Bachmair, steckbrieflich gesucht, am 1. Mai aus München und schlägt sich einen Monat zu Fuß durch. Am 4. Juni wird er in Rothenburg ob der Tauber denunziert, festgenommen und zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt.

Noch einmal Oskar Maria Graf (in "Gelächter von außen"):

"Das Erstaunlichste war, daß er beim Einmarsch der Weißen ohne Verhaftung davonkam. Er hatte sich in die Pasinger Apotheke seines Vaters durchgeschmuggelt, den weißen Kittel angezogen und harmlos die Kunden bedient."

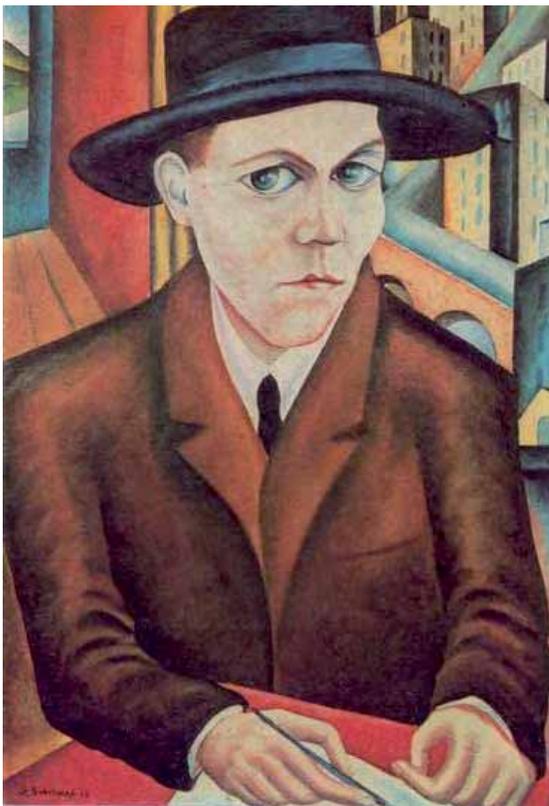
"Von 1933 an wurde meine Lust, Bücher zu verlegen, geringer, ..." schreibt Bachmair in "Mein Verlag".

1946 gründet er seinen Verlag in Starnberg neu. Nach vier Jahren muss er – nach der Währungsreform – Konkurs anmelden. Er besucht J. R. Becher, seinen Freund aus Studententagen, im April und Mai 1951 in Berlin, zieht Juli 1951 nach Ostberlin und übernimmt im Aufbau-Verlag die Marketingabteilung. 1956 wechselt er zur Akademie der Wissenschaften und archiviert dort nach Bechers Tod am 11. Oktober 1958 dessen Nachlass.

Am 11. Oktober 1960 stirbt Heinrich F. S. Bachmair in Berlin.

Mach ma hoit a Revolution

Die Freunde
Georg Schrimpf und Oskar Maria Graf



Der Maler und Grafiker **Georg Schrimpf** und seine Frau Maria Uhden, ebenfalls Malerin und Grafikern, ziehen 1917 in die Marsopstraße am Würmkanal. Hier wohnen sie beim Künstler-Paar Josef und Marianne Erber, um die sich ein Kreis kritischer Künstler bildete.

Der in München-Lochhausen geborene Georg Schrimpf (1889 - 1938) zählt zu den bedeutendsten Vertretern der Kunstrichtung Neue Sachlichkeit.

Mit **Oskar Maria Graf** (1894 - 1967) verbindet ihn seit 1913 eine lebenslange tiefe Freundschaft.

Von Graf stammen die ersten Würdigungen der künstlerischen Tätigkeit Schrimpfs [Bild links]. Schrimpf gestaltet das

Titelbild zu Grafs ersten Gedichtbänden „Die Revolutionäre“ (1918) und „Amen und Anfang“ (1919), letzterer im Verlag von H. F. S. Bachmair erschienen.

Die Freunde besuchen fast zwei Jahre lang die vorrevolutionären Montagstreffen der USPD im Gasthaus „Zum goldenen Anker“ in der Ludwigsvorstadt, wo Eisner regelmäßig gesprochen hat.

Graf und Schrimpf werden

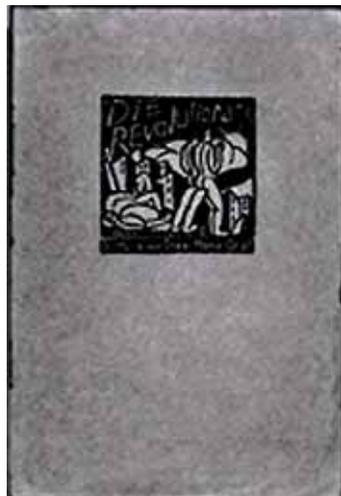
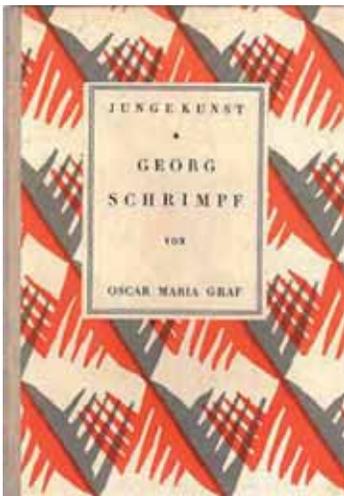
1918 wegen Verbreitung einer kriegskritischen Schrift verhaftet. Während der Revolution 1918/19 nimmt er am Marsch auf die Kasernen teil und betätigt sich als Hilfszensor. Nach dem Ende der Räterepublik wird Graf für einige Wochen inhaftiert, kommt aber aufgrund guter Beziehungen bald wieder frei.

Der Titel-Spruch oben stammt aus Grafs Erinnerungen „Gelächter von Außen“.

Oben Links: Schrimpf porträtiert 1927 seinen Freund Oskar, heute im Münchner Lenbachhaus zu sehen.. Quelle: Wiki, gemeinfrei.

Mitte: Bucheinbände. Graf über Georg Schrimpf, Graf Die Revolutionäre (1918), Dresdner Verlag, Dresden 1918. Graf, Amen und Anfang, Verlag Die Bücherkiste, München 1919

Unten: Graf und Schrimpf, Erna Dinlake hat die Freunde gemalt, das Original ist verschollen



Arbeiter!

Die Stunde des Kampfes hat geschlagen! Der Verrat kommt von Bamberg. Mitglieder des Zentralrates sind verhaftet, sie sind nach Passau verschleppt. Verräter haben die Regierung der Kapitalisten, die Regierung Hoffmann proklamiert. Euch worden jetzt schon Eure Rechte genommen. Sie wollen alle klassenbewußten Kämpfer niedermeheln.

Tretet ein in den Generalstreik!
Arbeiter, jetzt gilt es! Wenn ihr
jetzt nicht zu kämpfen wißt, dann
ist die Revolution verloren.

Es geht um Eure Zukunft! Ihr kämpft für die ganze deutsche Arbeiterklasse, für die Weltrevolution.

Nieder mit der Regierung Hoffmann, nieder mit den Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse!

Es lebe die Räterepublik!

Für den rev. A.-R.:
2. Dorf. Kugler.

